

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 4 / DEZEMBER 2012
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch

So gesund wie möglich

Ein Menschenrecht
für Arm und Reich

Tschad:
Wer profitiert von den
Erdöleinnahmen?

Land Grabbing:
Der grosse Run auf
fruchtbares Land

Inhalt

DOSSIER



GESUNDHEIT

6 **Gesund – ein Menschenrecht für Arm und Reich**

Gesundheit ist ein Menschenrecht, dennoch hat über eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung

11 **Von der Spital- zur Dorfentwicklung**

Die DEZA setzt im Bereich Gesundheit stark auf die Verbesserung der Basisversorgung – eine Erfolgsgeschichte aus Kirgistan

15 **Stiefkind der Politik**

Ilona Kickbusch, Expertin in globaler Gesundheitspolitik, im Interview

17 **Facts & Figures**

HORIZONTE



18 **Im Banne des Erdöls**

Erdölexporte bescherten Tschad Einnahmen in Milliardenhöhe, doch was haben die elfeinhalb Millionen Tschaderinnen und Tschader davon?

21 **Aus dem Alltag von...**

Didier Douziech, DEZA-Koordinator in N'Djamena

22 **Genau derjenige, den ich brauchte**

Achta Bougaye über ihre Stellung als Frau in ihrer tschadischen Heimat

DEZA



23 **Weit mehr als ein Wachhund**

In Tansania fördert ein Bildungs- und Mentoring-Programm Medienschaffende und damit auch die Meinungsvielfalt

24 **Pilze für die Prai**

Die DEZA unterstützt im Hochland von Laos benachteiligte Ethnien

FORUM



27 **Der grosse Run auf fruchtbares Land**

Landwirtschaftsland in Entwicklungsländern wird international gehandelt, doch das sogenannte Land Grabbing birgt grosse Gefahren für die Ernährungssicherheit

30 **Niemand gibt Antwort**

Carte blanche: Die Nepalesin Rubeena Mahato über die Unfähigkeit ihrer Regierung, den Reisbauern Dünger zu verschaffen

KULTUR



31 **«Mit Filmen habe ich mehr erreicht als mit Politik»**

Der malische Regisseur und ehemalige Kulturminister Cheick Oumar Sissoko im Interview

- 3 Editorial
- 4 Periskop
- 26 Einblick DEZA
- 33 Service
- 35 Fernsucht mit Cosey
- 35 Impressum

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Editorial



Delgerjargal Davasnyam/DEZA

Migration und Entwicklung: Weder einfach zu erklären noch simpel zu lösen

Das Verhältnis von Migration und Entwicklungshilfe wird zurzeit heftig diskutiert – im Parlament, in den Medien und auch an vielen Stammtischen. Einzelne, sich zum Teil widersprechende Thesen werden als alleinige Wahrheit verkauft. Sie reichen von der Entwicklungshilfe als Allerheilmittel bis zur Vorstellung, dass Entwicklungszusammenarbeit zu mehr Migration führe.

Ich finde es gut, dass diese Debatten geführt werden. Doch einfache Erklärungen und simple Lösungen gibt es nicht. Erstaunlich wenig wird bei uns über die Veränderungen und Ursachen gesprochen, weshalb Menschen überhaupt migrieren: Neben dem Armutsgefälle ist es auch die Überalterung unserer Gesellschaft. Die Schweiz wird auch in Zukunft auf Einwanderung von Arbeitskräften angewiesen sein.

Nicht vergessen dürfen wir, dass Migration für die Entwicklung armer Länder auch eine Chance ist. Die Einkommen, welche Migrantinnen und Migranten in ihre Länder rücküberweisen, sind drei bis fünfmal grösser als die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Das Geld kommt armen Bevölkerungsschichten im Herkunftsland zugute, es erlaubt den Besuch von Schulen, eine Berufsausbildung oder den Zugang zu medizinischen Dienstleistungen. Eine Diaspora trägt in vielen Bereichen – beispielsweise durch Investitionen – zur Entwicklung im Herkunftsland bei.

Verlieren wir zudem nicht aus den Augen, was der primäre Zweck der Entwicklungszusammenarbeit ist: Sie zielt in erster Linie auf die Reduktion der Armut vor Ort. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern vermindert die Notwendigkeit zur Migration. Richtig ist aber auch, dass Entwicklungszu-

sammenarbeit Migration nicht grundsätzlich verhindern kann. Sie ist kein Steuerhebel für Migrationsbewegungen.

Von Ländern, wo die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit tätig ist, erwarten wir die Bereitschaft, über Herausforderungen im Bereich Migration zu sprechen. Bundesrat und Parlament sind sich aber bewusst, dass es dabei um nachhaltige, umfassende Lösungen geht und nicht um eine strikte Konditionalität, d.h. um die enge Bindung der Entwicklungszusammenarbeit an die Rückübernahme von abgewiesenen Asylsuchenden. Als kleine Geberin könnte die Schweiz ohnehin kaum politischen Druck ausüben, und von der Einstellung der Hilfe wären die Armen betroffen, denen wir zu einer Zukunftsperspektive verhelfen wollen.

Seit langem sind der Schutz von Flüchtlingen und Vertriebenen in Krisenregionen sowie die Reintegration wichtige Aufgaben der humanitären Hilfe der Schweiz. Nur jeder sechste Flüchtling lebt in Europa. Schutz vor Ort ist ein Akt der Solidarität gegenüber den Schwächsten. Flüchtlinge wollen Sicherheit, Nahrung und ein Dach über dem Kopf. Wenn sie das vor Ort oder im Nachbarstaat nicht finden, wandern sie weiter – oft unter lebensgefährlichen Umständen. Die Schweiz wird ihr Engagement zum Schutz von Flüchtlingen sowie im Bereich der Rückkehrhilfe in ausgewählten Regionen verstärken.

Martin Dahinden
Direktor der DEZA

Periskop



Reiner Haenschel/laif

Wasser aus der Tiefe

(gn) 280 Meter unter dem Savannen-Boden im Norden Namibias wurden über fünf Milliarden Kubikmeter Wasser entdeckt. Der kostbare Rohstoff könnte die prekäre Situation in der Region entschärfen. Aktuell kommt das Trinkwasser für die rund 800 000 Menschen aus einem Stausee im benachbarten Angola. Eine künftige Nutzung des Grundwassers, das sich über Jahrtausende angesammelt hat, muss allerdings sorgfältig angegangen werden. Soll der wertvolle Fund langfristig Wirkung zeigen, muss er nachhaltig genutzt werden. Der Aquifer unter Namibia ist kein Einzelfall. Bereits im Frühjahr 2012 publizierten britische Forscher eine Karte mit den vermuteten Grundwasservorkommen in Afrika: Die immensen Wasserreserven im Untergrund des Kontinents, wo über 300 Millionen Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser haben, und gerade mal 5 Prozent der Äcker bewässert werden, könnten in Zukunft die Auswirkungen des Klimawandels abfedern, schreiben die Forscher. Allerdings weisen auch sie auf die Schwierigkeiten einer nachhaltigen Nutzung hin. www.bgs.ac.uk/GWRresilience

Mehr Verdienst, mehr Demokratie

(bf) Je höher das Pro-Kopf-Einkommen der Bürgerinnen und Bürger, desto ausgeprägter sind die demokratischen Strukturen eines Landes. Diesen Zusammenhang belegt eine neue Studie eines Forscherteams der deutschen Universität Bayreuth. Die Ökonomen haben Daten von 150 Ländern aus allen Kontinenten miteinander verglichen und die Entwicklung von 1950 bis heute berücksichtigt. Dabei wurden sowohl wohlhabende Industrienationen als auch ärmere Entwicklungsländer in die Berechnungen ein-

bezogen. Nun ist wissenschaftlich belegt: Höhere Einkommen fördern die Demokratie, niedrigere Einkommen behindern sie. Die Autoren ziehen aus ihrer Studie unter anderem auch Folgerungen für künftige Entwicklungen, insbesondere auch, was Entwicklungs- und Schwellenländer angeht. «Es wird spannend sein zu beobachten», sagt Benedikt Heid vom Forscherteam, «ob China auf Dauer am autoritären Einparteiensystem festhalten kann, falls der Lebensstandard der Bevölkerung weiter steigt. Wenn unsere Berechnungen zutreffen, könnte sich China wohl lang-

fristig in Richtung eines demokratischeren politischen Systems entwickeln.» www.uni-bayreuth.de (*Income and Democracy*)

Afrikas überfischte Küsten

(jls) Die westafrikanischen Länder sind über die Plünderung ihres Fischbestands durch europäische und asiatische Schiffe besorgt. In Senegal, wo fast alle Arten überfischt sind, haben aus diesem Grund die Behörden im vergangenen April 29 Bewilligungen ausländischer Fischer sistiert. Nach langwierigen Verhandlungen hat Mauretanien Ende Juli sein Fischereiabkommen mit der EU erneuert und erlaubt neu, jährlich 300 000 Tonnen Fisch aus seinen Territorialgewässern zu fangen. Als Gegenleistung müssen die Fischfänge zur besseren Kontrolle im Hafen von Nouadhibou gelöscht werden. Auch Guinea-Bissau hat im Februar ein neues Abkommen mit der EU geschlossen: Gemäss diesem, dürfen europäische Schiffe nun Fisch - insbesondere Thunfisch -, Tintenfisch und Garnelen fangen. Dafür überweist die EU jährlich neu 9,2 Millionen Euro (vorher 7,5 Millionen). Zwar hoffte Guinea-Bissau auf einen höheren Betrag, doch hatte es einem gewichtigen Einwand der Europäer nichts entgegen-



Pierre Galbes/REA/laif

zusetzen: Das Land kann nämlich seine Gewässer, in denen sich immer mehr asiatische Schiffe illegal auf Fischfang tummeln, gar nicht vollumfänglich überwachen.

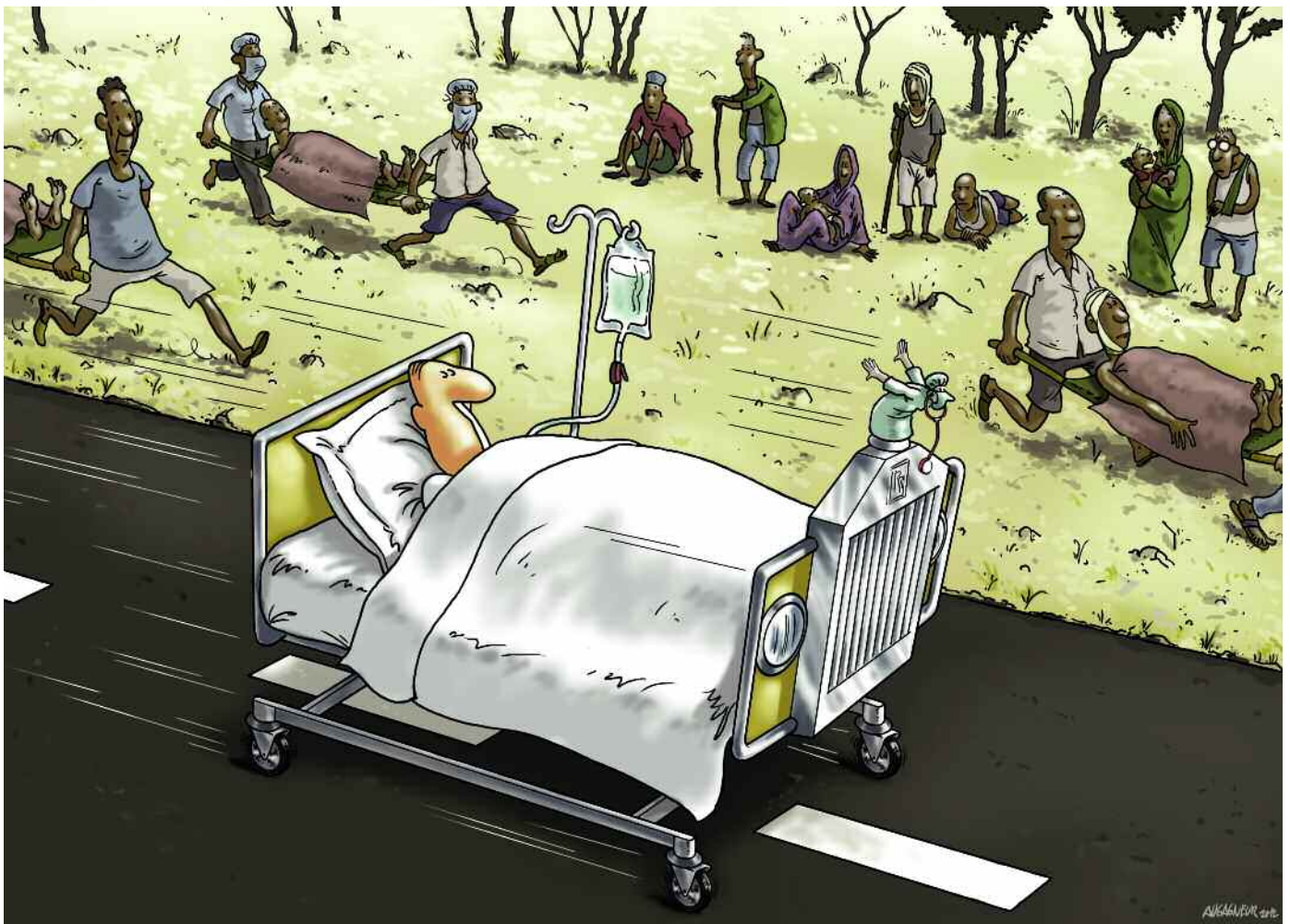
Schlechte Noten wegen Würmern

(bf) Gemäss der Weltgesundheitsorganisation WHO infizieren die drei häufigsten Darmschmarotzer - der Spulwurm (*Ascaris lumbricoides*), der Peitschenwurm (*Trichuris trichiura*) und die Hakenwürmer (z.B. *Ankylostoma duodenale*) - mehr als eine Milliarde Menschen. Sie sind in Entwicklungsländern die bedeutendsten Krankheitserreger. In manchen Gegenden haben 90 Prozent der Kinder Spulwürmer, 60 Prozent Peitschenwürmer und die Hälfte die gefährlichen Hakenwürmer. Besonders häufig sind die Schmarotzer in Familien mit tiefem Einkommen anzutreffen. In Testverfahren wurde nachgewiesen, dass Kinder mit Darmparasiten umso stärker in ihrem Denkvermögen eingeschränkt sind, je mehr Parasiten sie in ihrem Darm beherbergen. Seit rund zehn Jahren propagiert deshalb die Weltgesundheitsorganisation flächendeckende Bekämpfungsmassnahmen. Doch bislang haben nur drei Entwicklungsländer - Burkina Faso, Kambodscha und Laos - die Minimalziele der Wurmbekämpfungs-Initiative der WHO erreicht, nämlich drei von vier Kindern einmal im Jahr zu behandeln.

www.who.int (*helminth infections*)

Neues Selbstbewusstsein

(bf) Die Zeiten, in denen indigene Völker via Trommel und Rauchzeichen ihren politischen Willen bekundet haben, sind definitiv vorbei. Insbesondere in Lateinamerika nutzen diese heute die Vorteile der digitalen



Zeichnung von Jean Auggagneur

Medien und arbeiten mit Newsletter, Videokonferenzen, professionell produzierten Clips auf «YouTube» oder anderen sozialen Netzwerken. Ob Menschenrechte in Chile, Autobahnen durch bolivianische Nationalparks oder die umstrittene Suche nach Erdöl in Ecuador: Die Ureinwohner nutzen die Möglichkeiten der Technik, um sich zu vernetzen und wissen immer besser, wie sie sich Gehör verschaffen können. Unterstützt werden sie dabei von internationalen PR-Agenturen, die darauf setzen, dass das Engagement für die Ureinwohner das Image ihres Hauses verbessert. Die Belange der Indigenen stossen in der Öffentlichkeit auf grosses Interesse. Nichtregierungsorga-

nisationen wie «Survival International», die sich für die Rechte indigener Völker einsetzen, freuen sich über Abdruckraten ihrer Pressemitteilungen, von denen andere nur träumen können.

Tablets für Traditionen

(gn) Einst untermalten die Dorfältesten in der Kalahari-Wüste ihre mündlichen Ausführungen mit Skizzen, die sie in den Sand zeichneten, wenn sie die Geheimnisse der Herero-Kultur weitergaben. Heute fahren ihre Finger über einen Touchscreen: Während die Jungen auf der Suche nach Ausbildung und Arbeit in der Fremde sind, vertrauen die Eltern ihr traditionelles Wissen einem Tablet-Computer an.

Später können die Rückkehrer aus der Stadt so die verpassten Lektionen nachholen. Im Rahmen eines internationalen Studentenprojekts entwickelten Wissenschaftler der dänischen Universität Aalborg und des

Polytechnikums Namibia ein App mit einer 3D-Visualisierung des Dorfes Erindiroukambe. Darin werden Videosequenzen und Skizzen untergebracht, welche mit den Dorfältesten erarbeitet wurden und das Leben im Dorf dokumentieren – darunter ein Film über eine Ziegenschlachtung oder ein Dokument über die Bedeutung verschiedener Pflanzenarten. «Geht diese Art Wissen verloren», sagt Kasper Rodil von der Universität Aalborg, «verliert die Menschheit von ihrer Farbigkeit.»

www.indiknowtech.org



Kasper Rodil



Gesundheit – ein Menschenrecht für Arm und Reich

Über eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu einer ausreichenden Gesundheitsversorgung. Die Gründe dafür sind vielfältig: So fehlt es gerade in Entwicklungsländern oft an den notwendigen Strukturen, zudem wächst weltweit die Kluft zwischen kostspieliger Hightech-Medizin und den finanziellen Möglichkeiten ärmerer Bevölkerungsschichten. Damit das Menschenrecht auf Gesundheit auch für die Armen Wirklichkeit wird, braucht es neue Ansätze. Von Gabriela Neuhaus.



Die weltweiten Impfkampagnen gehören zu den Erfolgsgeschichten im Gesundheitssektor, so auch in Madagaskar

sellschaftspolitischen Entscheidungen in aller Regel nicht im Vordergrund. Obschon sich die Weltgesundheitsorganisation WHO die «Verwirklichung des bestmöglichen Gesundheitsniveaus bei allen Menschen» in die Verfassung geschrieben hat, haben über sechzig Jahre nachdem diese Zielsetzung formuliert worden ist, immer noch über eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu einer professionellen Gesundheitsversorgung. Dies vor allem in den armen Ländern des Südens, wo es nach wie vor in vielen Dörfern und Regionen keine entsprechenden Einrichtungen gibt und sich die Menschen oft nicht einmal die hohen Transportkosten ins nächste Spital leisten können.

Doch auch in den Schwellen- und Industrieländern ist Gesundheitsversorgung keine Selbstverständlichkeit. In den USA kann sich, wer arm ist, oft keinen Arztbesuch leisten. Das Gesundheitsgesetz von Präsident Obama, das eine Basis-Krankenversicherung für alle vorsieht, bleibt nach wie vor umstritten. Angesichts der Kostenexplosion im Gesundheitswesen droht aber auch in den anderen westlichen Ländern eine Zweiklassenmedizin. Die wirtschaftlichen Krisen in Südeuropa zeigen zudem, welch fragiles Gut die Gesundheit ist, und wie wenig es braucht, dass sich der Gesundheitszustand einer Bevölkerung verschlechtert.

Medizinische Fortschritte

Trotz der weltweit unbefriedigenden Situation gibt es im Gesundheitssektor zahlreiche Fortschritte – in manchen Bereichen gar bahnbrechende. Dazu gehören unter anderem die von der WHO initiierten Impfkampagnen, deren bisheriger Höhepunkt 1980 die Ausrottung der Pocken war. Weitere Krankheiten wie Polio oder Tuberkulose konnten stark eingedämmt werden. Grosse Erfolge verzeichnet man auch bei der Bekämpfung und Behandlung von HIV/Aids. Die Verfügbarkeit von zahlbaren Medikamenten für Betroffene in armen Ländern war dabei ein Meilenstein.

Für die humanitäre Hilfe ist die Rettung von Menschenleben Programm. Sie hat sich in den letzten Jahren stark professionalisiert, im Katastrophenfall sind heute spezialisierte Teams innert Stunden vor Ort, wenn nötig mit vollständigen Spitalausrüstungen oder Wasserlabors. So konnten etwa nach dem Erdbeben in Haiti viele Leben gerettet und Verletzte versorgt werden.

Einen wichtigen Anteil an die Verbesserung der medizinischen Versorgung in den Entwicklungsländern leisten Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen: Engagements im Bereich Gesundheit

Das Recht auf Gesundheit

«Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschliesslich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet; er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände. [...]»

Aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 (Artikel 25)

Was ist Gesundheit?

Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen. Der Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes bildet eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Anschauung und der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung. Die Gesundheit aller Völker ist eine Grundbedingung für den Weltfrieden und die Sicherheit; sie hängt von der engsten Zusammenarbeit der Einzelnen und der Staaten ab.

Aus der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation WHO

Längst haben wir uns angewöhnt, den Entwicklungsstand eines Landes anhand von Gesundheitsindikatoren zu messen. Wir errechnen die durchschnittliche Lebenserwartung, erfassen Geburten- und Sterberaten, zählen Malariainfektionen sowie Aids- und Hungertote. Statistiken, etwa über die Häufigkeit von Demenzerkrankungen, Suiziden oder Burnouts erlauben zusätzliche Rückschlüsse auf den aktuellen Zustand einer Gesellschaft. Gleichzeitig geben sie auch Auskunft über deren Zukunftspotenzial, weil Gesundheit und Wohlergehen wichtige Voraussetzungen sind, damit sich Menschen und Gemeinschaften entwickeln können.

Trotz nachgewiesener Zusammenhänge zwischen Gesundheit, Wohlergehen und der Lebenssituation von Menschen, steht Gesundheitsförderung bei ge-



SKHIDEZA

Die humanitäre Rettung ist wenn nötig innert Stunden mit vollständigen Spitalausrüstungen vor Ort – so auch in Haiti nach dem Erdbeben von 2010

Das Weltgesundheitsnetz

Die Weltgesundheitsorganisation WHO wurde 1948 als Spezialorganisation der UNO gegründet. Sie hat ihren Sitz in Genf, wo sich die Vertreter der 194 Mitgliedstaaten jährlich treffen, um über die finanziellen und operationellen Geschäfte zu beraten und zu entscheiden. Zu ihren Tätigkeitsbereichen gehören die weltweite Koordination von nationalen und internationalen Aktivitäten im Kampf gegen übertragbare Krankheiten (z.B. Aids, Malaria, Grippe), die Setzung von Behandlungs- und Präventions-Standards, die Lancierung und Koordination von Präventionsmassnahmen (z.B. Impfkampagnen), sowie Informationskampagnen betreffend Rauchen oder Übergewicht. Laufend publiziert die WHO zudem Daten und Analysen zu Gesundheitsthemen.
www.who.org

sind beliebt, weil man hier direkt etwas für die Menschen tun kann. Zudem sind bei medizinischen Projekten, die ein klar definiertes Ziel verfolgen, wie etwa die Verminderung der Kindersterblichkeit oder die Bekämpfung von Malaria, Erfolge schnell sichtbar und messbar.

Rahmenbedingungen sind entscheidend

Die Kehrseite der Medaille: Die starke Fokussierung auf medizinische Einzelaspekte führte dazu, dass man den Überblick über die gesamte Situation verlor. Man bekämpft Krankheiten und heilt Menschen, die man anschliessend in ein Leben zurückschickt, das sie unweigerlich wieder krank macht. Dabei müsste man es eigentlich gerade in Europa besser wissen: Schon früh investierten hier Fabrikherren in die Verbesserung von Hygiene und Ernährung, um die Gesundheit der Arbeiter und damit die Produktivität ihrer Unternehmen zu verbessern. Zunehmend engagierte sich in der Folge auch der Staat in unterschiedlichen Bereichen für die Gesundheit der Bevölkerung. Dazu gehörten etwa die Errichtung von Wasserversorgungs- oder Abfallentsorgungssystemen, aber auch Massnahmen auf gesellschaftlicher Ebene, wie etwa das Verbot von Kinderarbeit oder der Aufbau öffentlicher Bildungssysteme. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein wurde Gesundheitsförderung als eine gesellschaftliche Aufgabe betrachtet, die dazu diente, bestmögliche Voraussetzungen für Entwicklung und Fortschritt zu schaffen.

Neue Errungenschaften, die auf naturwissenschaftlicher Forschung basierten, wie z.B. Impfungen, Screenings zur Vorbeugung von Krankheiten oder die Möglichkeit der medikamentösen Behandlung von Depressionen, trugen in der Folge dazu bei, dass Gesundheit mehr und mehr zu einer Domäne der Naturwissenschaft wurde. Der Aufschwung des kostenintensiven Medizinsektors, inklusive der Pharmaindustrie, führte zu massiven Kostensteigerungen. Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der personalisierten Medizin dürften diesen Trend weiter verstärken.

Sozialer Status und Gesundheit

Doch auch die raffiniertesten medizinischen Technologien ändern nichts an der Tatsache, dass gesundes Leben nur in einem gesunden Umfeld möglich ist. Bereits 1978 wurde im Schlussdokument der Konferenz zur Primären Gesundheitsförderung von Alma-Ata darauf hingewiesen, dass «die Verbesserung des Gesundheitszustandes das tatkräftige Handeln zahlreicher anderer sozialer und ökonomischer Sektoren ausser dem Gesundheitssektor erfordert». Acht Jahre später forderte die von den Mitgliederländern der WHO verabschiedete Ottawa-Charta eine Umorientierung: weg von der einseitigen Verhütung von Krankheit, wieder hin zu vermehrter Förderung von Gesundheit. Welch zentrale Bedeutung die sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen für die Gesundheit eines jeden Einzelnen haben, zeigten die Un-



Fernando Moleres/afp



Paul Hahn/afp

Die Verfügbarkeit von Medikamenten hat sich in Entwicklungs- und Schwellenländern (oben Mosambik, unten Indien) spürbar verbessert

tersuchungen der britischen Gesundheitswissenschaftler Richard Wilkinson und Michael Marmot. In ihrer 2003 veröffentlichten Studie haben sie nachgewiesen, dass für Menschen der untersten sozialen Schicht das Risiko zu erkranken und frühzeitig zu sterben doppelt so gross ist, wie für jene an der Spitze der Gesellschaft. Die direkte Korrelation zwischen Gesundheit und sozialem Status zieht sich dabei durch alle Gesellschaftsschichten: Wer sozial und ökonomisch besser dasteht, hat auch stets die besseren Gesundheitskarten.

Mit anderen Worten: Die Unterschiede zwischen Arm und Reich widerspiegeln sich im Gesundheitszustand der Menschen. Dies gilt sowohl innerhalb einer Gesellschaft, wie auch auf globaler Ebene. Deshalb wird heute zunehmend die Forderung nach einem Ausgleich (Equity) im Gesundheitsbereich und einer besseren Berücksichtigung

der Bedürfnisse der armen Länder laut. Eine wichtige Rolle spielen dabei aufstrebende Staaten wie Indien oder Thailand, welche die westliche Dominanz in der Gesundheitsindustrie nicht länger akzeptieren. So kämpfen sie zum Beispiel gegen die Patentierungspraktiken der Pharmakonzerne, die nicht nur die Medikamente und damit die Gesundheitskosten verteuern, sondern auch den Aufbau konkurrenzierender Pharmaindustrien in diesen Ländern behindern.

In der Süd-Süd-Zusammenarbeit wollen Länder wie Brasilien die auf medizinische Interventionen basierende Unterstützung der armen Länder im Gesundheitswesen nicht länger mittragen, sondern vielmehr ihr eigenes erfolgreiches Modell einer Basisversorgung fördern. Länder wie Bhutan, Ecuador oder Bolivien gehen in ihren Bestrebungen für das Wohlergehen ihrer Bevölkerung über die heute gängigen Gesundheitsindikatoren hinaus, indem sie sich als Zielsetzung das Erreichen eines «Guten Lebens» in die Verfassung geschrieben haben.

Ganzheitlicher Ansatz

Solche Veränderungen in den globalen Gesundheitsbestrebungen bleiben nicht ohne Wirkung. Der aktuelle Reformprozess der WHO, der 2010 initiiert worden ist, dürfte stärker in Richtung eines ganzheitlichen Verständnisses von Gesundheit führen, wie auch der Vorschlag für das EU-Gesundheitsprogramm «Gesundheit für Wachstum» oder Bestrebungen von Entwicklungsagenturen wie der DEZA.

Globale Gesundheit

Diabetes, Krebs sowie Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen stellen heutige Gesundheitssysteme weltweit vor grosse Herausforderungen. In den Entwicklungsländern kommen diese nichtübertragbaren Krankheiten (Non-communicable Diseases NCD) zu den «klassischen Gesundheitsproblemen», verursacht durch Hunger, Mangel an Trinkwasser und Hygiene sowie Infektionskrankheiten hinzu und führen zu einer «doppelten Belastung» der ohnehin überforderten Gesundheitssysteme. Die Bekämpfung der NCDs, die oft Folge von Fehlnahrung und ungesunder Lebensführung sind, hat deshalb bei der WHO hohe Priorität. Weiter im Fokus stehen zusätzliche Bemühungen für die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele betreffend die Überlebenschancen von Müttern und Kindern sowie die vollständige Ausrottung der Kinderlähmung.

Gegensätzliche Interessen

Die Schweiz hat seit 2006 eine eigene Gesundheitsausserpolitik. Darin werden 20 Zielsetzungen genannt, die Themen reichen von der Rolle der Schweiz in der WHO über die Wahrung der Interessen der Pharmaindustrie bis zum Schweizer Engagement in der humanitären Hilfe. Die Schweiz spielt auf dem Gebiet der Gesundheit eine beachtliche Rolle. Zum einen dank Pharmaindustrie und Forschung, aber auch als Sitz wichtiger internationaler Organisationen wie der WHO oder der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung. Zudem engagieren sich, nebst und im Auftrag der DEZA, eine Reihe international anerkannter NGOs im Bereich der Gesundheitsförderung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Ihre auf die Bedürfnisse der Ärmsten ausgerichtete Tätigkeit steht allerdings oft in direktem Widerspruch zu den Wirtschaftsinteressen der Pharmaindustrie.
www.bag.admin.ch
(Themen, Internationales, Gesundheitsausserpolitik)



Heiko Meyer/afp

Aufstrebende Staaten wie etwa Brasilien betreiben ein eigenes, erfolgreiches Modell der Süd-Süd-Zusammenarbeit in der Gesundheitsbasisversorgung und -förderung

Dies umso mehr, als die aktuellen Herausforderungen vermehrt Massnahmen erfordern, die über die medizinische Versorgung hinausgehen. Dazu gehören soziale Benachteiligungen, krankmachende Arbeitsumgebungen, Luftverschmutzung, Strahlenbelastung aus verschiedensten Quellen sowie der Klimawandel, welcher u.a. Wassermangel, Wüstenbildung und die Reduktion der UV-Schutzschicht nach sich zieht. Die weltweite Zunahme von nichtübertragbaren Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen oder Diabetes erfordern zudem neue Strategien betreffend Prävention und Finanzierung.

Gesundheit als Priorität

Die Diskussion um bestmögliche Gesundheit und Wohlergehen führt immer wieder zu Auseinandersetzungen und Konflikten. Nicht zuletzt, weil stets auch handfeste ökonomische Interessen, etwa der Pharma-, aber auch der Tabak- oder Nahrungsmittelindustrie, tangiert werden.

Die Frage, wie privat die Verantwortung für Gesundheit sei, und ab wann sie als allgemeines öffentliches Gut zu verstehen ist, bleibt umstritten. Mit der Verabschiedung der Tabakkonvention, die das Rauchen als Gefahr für die öffentliche Gesundheit einstufte, die global bekämpft werden muss, setzte die WHO 2004 ein wichtiges Zeichen. Im Kampf gegen Übergewicht und damit verbunde-

ne chronische Krankheiten wie Diabetes gehen New York mit einer Steuer auf Süssgetränken sowie Dänemark, das als erstes Land der Welt 2009 eine Fettsteuer eingeführt hat, neue Wege. Solche Lenkungsabgaben könnten künftig gezielt dafür eingesetzt werden, gesunde Produkte zu verbilligen, so dass sie auch für Menschen mit niedrigem Einkommen erschwinglich sind. Damit könnten der Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessert und die Kosten im Gesundheitssektor gesenkt werden.

Weitere Präventionsmassnahmen, die bei einer konsequenten Prioritätensetzung zugunsten der globalen Gesundheit in Betracht gezogen werden müssten, sind etwa ein Verbot für besonders gesundheitsschädigende Chemikalien sowie der Ausstieg aus der Atomindustrie. Die Frage, wie gross ein Gesundheitsrisiko sein muss, um ein Eingreifen oder Präventionsmassnahmen seitens der Staaten oder internationaler Organisationen zu rechtfertigen, appelliert dabei nicht nur an die Vernunft. Wie hoch das Menschenrecht Gesundheit gegenüber anderen Faktoren gewichtet wird, ist letztlich immer eine (macht-)politische Entscheidung. ■

Von der Spital- zur Dorfentwicklung

Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung für Entwicklung – die DEZA setzt deshalb in diesem Bereich stark auf die Verbesserung der Basisversorgung. Wo die Programme greifen, können sie Wirkungen entfalten, die weit über das direkte Ziel hinaus reichen. Ein Beispiel dafür sind die lokalen Gesundheitskomitees in Kirgistan – eine Erfolgsgeschichte, nicht nur für den Gesundheitssektor.



CAH (Ministry of Health of the Kyrgyz Republic, SDC, Sida, LED)

Dieser kirgisische Bauer lässt bei seinem lokalen Gesundheitskomitee den Blutdruck kontrollieren

(gn) Egal ob Lehrerin, Schreiner oder Hausfrau – Tausende von Bürgerinnen und Bürgern in Kirgistan engagieren sich im Rahmen von Freiwilligenarbeit für die Verbesserung von Gesundheit und Wohlergehen in ihren Dörfern. Die Mitglieder der lokalen Gesundheitskomitees haben dabei, als Partner des professionellen Gesundheitspersonals, eine tragende Rolle auf dem Land: Sie klären die aktu-

ellen Bedürfnisse ab, machen Hausbesuche, organisieren Informationsveranstaltungen, initiieren Gemüseärten oder Kampagnen gegen den Alkoholismus.

Zehn Jahre nach der Gründung der ersten Gesundheitskomitees im Rahmen des Community Health for Action Projekts CAH, haben die Freiwilligenorganisationen schon viel zur Gesundheitsförde-



CAH (Ministry of Health of the Kyrgyz Republic, SDC, SIDA, LED) ©

In ländlichen Gegenden nimmt die Dorfbevölkerung die Gesundheit in ihre eigenen Hände – sei dies bei der Desinfektion gegen das Maltafieber (oben links), beim Testen von Salz oder beim gemeinsamen Festlegen der Gesundheitsprioritäten

Transformation in Kirgistan

Bis anfangs der 1990er-Jahre gab es in Kirgistan eine gut funktionierende medizinische Versorgung, die für alle zugänglich und unentgeltlich war. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fehlten die Mittel, um dieses System weiter aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig verschlechterte sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung infolge wachsender Armut und dem Zerfall von Infrastrukturbauten im Bereich Wasserversorgung oder Abfallbewirtschaftung. Trotz knapper Ressourcen engagierte sich die Regierung stark für den Aufbau eines neuen Gesundheitssystems: Mit Unterstützung von WHO, Weltbank und USAID lancierte sie 1996 ein Hausarztssystem, das heute gut funktioniert. Die Gesundheitsreform scheint auf gutem Weg. Allerdings leiden vor allem ländliche Regionen unter akutem Ärztemangel – viele emigrieren ins Ausland, wo sie ein Mehrfaches verdienen.

zung auf dem Land beigetragen. Zum Beispiel, indem sie regelmässig Blutdruckkontrollen anbieten oder dafür sorgen, dass marode Wasserleitungen instand gesetzt werden. Eine besonders erfolgreiche Kampagne, die auch international für Aufsehen gesorgt hat, war die Abgabe von Salz-Kontrollsets an die Dorfläden.

Seit die Händler und sogar die Kunden mit einer einfachen Methode prüfen können, ob im Salz auch drin ist, was auf der Verpackung steht, geht in Kirgistan kaum mehr unjodiertes Salz über den Ladentisch. Als Folge davon sind die noch in den 1990er-Jahren häufigen Kropferkrankungen stark zurückgegangen.

Für Tobias Schüth, der das CAH-Projekt im Auftrag des Schweizerischen Roten Kreuzes SRK entwickelt und aufgebaut hat, ist der bisher wichtigste Erfolg jedoch, dass sich die Haltung der Menschen verändert hat: «Sie haben begriffen, dass die Verantwortung für ihr Wohlergehen nicht beim Gesundheitsministerium liegt, sondern dass sie sie selber tragen.»

Investitionen in Infrastruktur

Der Aufbau einer Basis-Gesundheitsversorgung war zwar von Anfang an im kirgisischen Gesundheits-Reformprogramm vorgesehen. In einer ersten Phase hatte aber die dringend notwendige Instandsetzung der Spitäler für die Regierung oberste Priorität. So beschränkte sich die DEZA, die sich seit 1999 für die Umsetzung der Gesundheitsreform

im Oblast Narin engagiert, im ersten Jahr auf Spitalrenovierungen und -restrukturierungen, die eine Senkung der Betriebskosten zum Ziel hatten.

Das mit der Ausführung beauftragte SRK drängte jedoch schnell darauf, auch die Gesundheitsförderung in den Dörfern voranzutreiben. Beim kirgisischen Gesundheitsministerium stiess dieses Ansinnen vorerst auf Skepsis. Erst als die DEZA versicherte, dass die Spitalrenovierungen trotzdem im bisherigen Rahmen weitergeführt würden, erhielten Tobias Schüth und sein Team grünes Licht für die Arbeit in den Dörfern.

Mit der Respektierung des Anliegens, die Erneuerung der Spitäler weiterzuführen, habe die DEZA bei den kirgisischen Partnern Vertrauen geschaffen und damit dem neuen Projekt zahlreiche Türen geöffnet, sagt Schüth.

Bedürfnisse der direkt Betroffenen als Leitfaden

Mit dem Engagement auf dem Land wagte man Neues: Basierend auf der Überzeugung, dass die Gesundheit der Bevölkerung nur in Zusammenarbeit mit den direkt Betroffenen verbessert werden kann, wurde die Dorfbevölkerung dazu eingeladen, ihre Anliegen den lokalen Ärzten und dem Pflegepersonal zu unterbreiten.

«Die Ärzte und Krankenschwestern leben ja in den Dörfern – aber es war das erste Mal, dass sie rausgegangen sind und die Leute befragt haben, anstatt ihnen zu predigen, was sie tun sollen», sagt Tobias



Ein dörfliches Gesundheitskomitee bespricht das weitere Vorgehen

Schüth. Diese Begegnung auf einer ganz anderen Ebene sei wichtig gewesen, für alles Weitere. Die Leute bedankten sich nach den Treffen bei den Ärzten dafür, dass sie ihnen zugehört hatten. Und das Gesundheitspersonal zeigte sich beeindruckt, wieviel die Leute bereits über das Thema wussten. Voraussetzung für das Gelingen solcher Begegnungen, betont Tobias Schüth, sei das respektvolle Verhalten sowohl der Ärzte, der Pflegenden als auch der Projektmitarbeiter gegenüber den Leuten im Dorf: «Das haben wir vorgängig in einem speziellen Training zu nichtdominantem Verhalten intensiv geübt. Denn oft funktioniert Partnerschaft nicht, weil keiner in solche Reflexionen investiert. Das ist aber ebenso wichtig, wie über Anämie (Blutarmut) oder Blutdruck zu lernen.»

Flexibilität des Gebers als Voraussetzung

Die Treffen in den Dörfern gaben einerseits den Anstoss für die Bildung der Gesundheitskomitees, andererseits hatten die Projektverantwortlichen nun Informationen aus erster Hand über die drängendsten Gesundheitsprobleme auf dem Land. Davon ausgehend entwickelten sie in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten eine breite Palette von Aktionen und Projekten. Möglich war dies, weil die DEZA auf einengende Budgetleitlinien verzichtete und dem Projektteam weitgehend freie Hand liess: «Wir sagten, dass wir ein Modell für ländliche Gesundheitsförderung entwickeln wollten. Dazu brauchten wir Geld für Treffen und Trai-

nings – mehr wussten wir nicht», erinnert sich Tobias Schüth. Die Flexibilität des Gebers sei die Voraussetzung gewesen, für die Erarbeitung eines Modells, das auf die kirgisischen Verhältnisse zugeschnitten ist.

Die Aktionen, die im Rahmen des CAH-Projekts entwickelt wurden, basieren denn auch auf einer breit ausgelegten Interpretation von Gesundheitsförderung. Wie bereits bei den Spitälern, wurde auch in den Dörfern viel in Infrastruktur investiert: Zahlreiche Gesundheitsposten und Badehäuser aus der Sowjetzeit wurden wieder auf Vordermann gebracht, Wasserleitungen instand gestellt. «Man kann den Leuten nicht predigen, sauberes Wasser zu trinken, wenn die Leitungen marode sind. Also investiert man in die Restaurierung der Wasserversorgung», illustriert Tobias Schüth das Vorgehen.

Vom Pilotprojekt zum erfolgreichen Gesundheitsprogramm

Bei den Treffen in den Dörfern stellte sich heraus, dass Anämie zu den drängendsten Gesundheitsproblemen gehörte. Deshalb testete das CAH-Projekt im Rahmen einer Studie die Wirksamkeit von Sprinkles – einem Pulver mit den Mikronährstoffen Eisen, Vitaminen, Zink und Folsäure, das der Babynahrung beigegeben wird. In den Testgebieten konnte die Blutarmut mit der neuen Methode um bis zu 40 Prozent gesenkt werden. Ermutigt durch diesen Erfolg, hat Kirgistan 2011 als weltweit erstes Land ein nationales Sprinklesprogramm lanciert.

Links

www.cah.kg
www.deza.admin.ch/zentralasien

Doch auch das CAH-Projekt als Ganzes ist eine Erfolgsgeschichte: Die anfängliche Skepsis des kirgischen Gesundheitsministeriums war schnell verflogen. Auf die ersten 15 Dörfer folgten alsbald weitere.

Seit 2005 sind die Gesundheitskomitees Teil des offiziellen Reformprogramms für die Förderung der ländlichen Gesundheitsinfrastruktur. Nebst der DEZA, engagierten sich in der Folge weitere Geber für die landesweite Ausbreitung.

Das kirgisische Gesundheitsministerium seinerseits stellt in den Provinzen sowohl Geld als auch Per-

sonal zur Verfügung, um die Gesundheitskomitees zu unterstützen. Diese haben vielerorts, über die Mitarbeit bei CAH-Projekten hinaus, ihre eigenen Initiativen entwickelt und arbeiten heute mit verschiedenen Partnern, namentlich auch mit den lokalen Regierungen, zusammen. «Die Menschen haben gelernt, sich Gehör zu verschaffen, mit Behörden umzugehen, Ressourcen zu finden», sagt Tobias Schüth. Und fügt an: «So entsteht Demokratie von unten. Beinahe ungewollt hat unser Gesundheitsförderungsprojekt einen Beitrag dazu geleistet.» ■

Gesundheit – ein globales Thema

(gn) Die DEZA hat ihr Engagement für Gesundheit in den letzten Jahren laufend erhöht und sich dabei auf drei thematische Schwerpunkte spezialisiert:

- die Stärkung der Gesundheitssysteme auf lokaler und nationaler Ebene;
- die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kleinkindern sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit;
- die Bekämpfung der wichtigsten Infektions- und nichtübertragbaren Krankheiten.

Die DEZA unterstützt im Rahmen der bilateralen Ostzusammenarbeit sowie in Ost- und im südlichen Afrika explizit gesundheitspezifische Projekte und Programme. Dank gezielter Vernetzung mit Engagements auf multilateraler Ebene, können dabei immer wieder Synergien genutzt werden.

Künftig will sich die Schweiz beim Thema Entwicklung und Gesundheit in Länderprogrammen und auf der globalen Politikebene vermehrt einbringen – ein ehrgeiziges Vorhaben, angesichts der zahlreichen gewichtigen Akteure auf diesem Gebiet.

«Um etwas bewegen zu können, werden wir auf Themen fokussieren, in denen wir, dank unseren Erfahrungen aus der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit und unseren strategischen Partnerschaften, eine Hebelwirkung erzielen können», stellt Gerhard Siegfried, Themenverantwortlicher Gesundheit bei der DEZA, in Aussicht. So soll beispielsweise bei der Bekämpfung von vernachlässigten Tropenkrankheiten oder der Gesundheitsfinanzierung der globale Fokus geschärft werden.

Weitere Aspekte beinhalten eine stärkere Vernetzung mit Projekten und Programmen aus den

Bereichen Wasser oder Ernährung, bei welchen Gesundheit eine zentrale Rolle spielt, sowie innovative Formen der Zusammenarbeit mit der Humanitären Hilfe.

www.deza.admin.ch (Themen, Gesundheit)



Fernando Moleres/fair

Stiefkind der Politik

Gesundheit für alle! Was einst als Zielsetzung für das Jahr 2000 formuliert wurde, ist bis heute ein Traum geblieben. Die Gesundheitsexpertin Ilona Kickbusch sagt im Gespräch mit Gabriela Neuhaus, was schief läuft. Und weshalb sie trotzdem optimistisch bleibt.



Wenn Menschen wie hier in Nicaragua auf einer Müllhalde nach Nahrung und Brauchbarem suchen, hat dies auch ganz direkte Auswirkungen auf ihre Gesundheit

«Eine Welt»: Warum ist Gesundheitspolitik ein globales Thema? Sind die regionalen Unterschiede und das Gefälle zwischen armen und reichen Ländern nicht viel zu gross, um das Ganze in einer Politik zusammenzufassen?

Ilona Kickbusch: Die Unterschiede sind gross. Weil wir aber in einer globalisierten Welt leben, können verschiedene Gesundheitsprobleme auf gemeinsame Nenner zurückgeführt werden. So gibt es zum Beispiel sehr klare Zusammenhänge zwischen dem Hunger in vielen Entwicklungsländern und der Ausprägung einer Nahrungsmittelindustrie, die bei uns zu Übergewicht führt. Diese Interaktionen sind massiv und werden immer deutlicher. Deshalb muss auf verschiedenen Ebenen gehandelt werden. Auch mit lokalen oder gar individuellen Aktionen können wir viel erreichen. Ein Kollege von mir sagt immer, in unserem Teil der Welt sei einer der politischsten Akte, die wir täglich vollbringen, die Wahl unseres Essens. Wenn wir den Fleischkonsum weiterhin so hoch halten, hat das Folgen für die Bauern in einem afrikanischen Land, und wenn wir an unseren Landwirtschaftssubventionen

festhalten, wird weiterhin Agrarland in den Entwicklungsländern verwüstet.

Welches sind für Sie die globalen Brennpunkte im Bereich Gesundheit?

Umwelt, Ernährung und Verteilungsgerechtigkeit. Dann gibt es aber auch Probleme, die ganz direkt mit der Gesundheit zusammenhängen, wie etwa die zunehmenden Antibiotika-Resistenzen oder die nichtübertragbaren und chronischen Krankheiten wie Krebs oder Diabetes. Dies sind Herausforderungen, die nationales Handeln erfordern, von denen aber auch die Interessen der multinational aufgestellten Industrie tangiert sind. Also braucht es auch globales Handeln. Eine der kommenden, grossen Diskussionspisten wird die Frage sein, wie wir Gesundheit als globales öffentliches Gut definieren und dessen Gewährleistung für alle finanzieren können.

Die Finanzierung von Gesundheit wird immer schwieriger – bei uns, aber vor allem in den armen Ländern, wo oft nicht einmal eine



Die Politik- und Sozialwissenschaftlerin **Ilona Kickbusch** ist ausgewiesene Expertin in globaler Gesundheitspolitik, namentlich auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung. Nach ihrem Studium an der Universität Konstanz arbeitete sie fast 20 Jahre lang in verschiedenen Funktionen für die WHO und gehörte u.a. zu den Autoren der Ottawa-Charta für Gesundheitsförderung. Seit 2008 leitet Ilona Kickbusch, nebst ihren Engagements als Gastdozentin und Beraterin nationaler und internationaler Institutionen und Organisationen, die Abteilung für globale Gesundheit am Hochschulinstitut für Internationale Studien und Entwicklung IHEID in Genf. www.ilonakickbusch.com www.graduate-institute.ch (Global Health Programme)



Eric Lafforgue/Invision/afp

Gesundheitssysteme, welche die Medikamente möglichst nah zur Bevölkerung bringen – hier eine dörfliche Arzneimittel-ausgabe in Somaliland – wurden lange Zeit vernachlässigt

Von sozialer Entwicklung bis Chancengleichheit

Die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung wurde 1986 anlässlich der ersten internationalen Konferenz der WHO zur Gesundheitsförderung 1986 im kanadischen Ottawa verabschiedet. Sie hält fest, dass ein guter Gesundheitszustand «eine wesentliche Bedingung für soziale, ökonomische und persönliche Entwicklung» ist und Gesundheit ein Gut, das im täglichen Leben fusst. Als wichtigste Handlungsstrategien zur angestrebten Gesundheit für alle nennt die Charta u.a. eine «gesundheitsfördernde Gesamtpolitik» sowie die Schaffung eines Versorgungssystems, das «weit über die medizinisch-kurativen Betreuungsleistungen hinausgeht». Ein wichtiger Aspekt war zudem die Forderung nach Chancengleichheit auf dem Gebiet der Gesundheit, damit alle Menschen befähigt werden, «ihr grösstmögliches Gesundheitspotenzial zu verwirklichen.» www.euro.who.int (Ottawa Charter)

Basisversorgung gewährleistet ist. Was gibt es hier für Lösungen?

Beim Geld gibt es immer zwei Aspekte. Schaut man sich in einigen der sehr armen Ländern die Verteilung der Gelder zwischen den Ressorts an, hat Gesundheit oft keine hohe Priorität. Das andere ist, dass man sich in manchen dieser Länder darauf verlässt, dass ein Grossteil des Gesundheitsbudgets von Entwicklungsorganisationen, also von aussen kommt. Leider wird dieses Geld eher in einzelne Programme investiert, als in den Aufbau nationaler Gesundheitssysteme. So kommt es, dass die einen sich für die Gesundheit von Müttern und Kindern engagieren, andere für die Bekämpfung von Malaria oder Aids, statt dass diese Gelder zusammengefasst werden, um ein System für die Basisgesundheitsversorgung zu schaffen. Das heisst für die armen Leute, dass sie von Pontius zu Pilatus laufen müssen, wenn sie unterschiedliche Gesundheitsprobleme in der Familie haben.

Weshalb tut man sich so schwer mit der direkten Förderung von Gesundheitssystemen?

Weil man die Methoden hatte, einzelne Krankheiten anzugehen, und – wie es so schön heisst – einzelne Leben zu retten, wurde die Schaffung von Gesundheitssystemen vernachlässigt, die langfristig sehr viel mehr Leben retten würden. Medizinische Gesundheitsprogramme sind verführerisch, weil sie sehr nahe an den Menschen sind und sich ihre Erfolge messen lassen. Ich kann die Anzahl Kinder zählen, die ich geimpft habe, und die Aids-Pillen, die ich verteile. Wenn ich hingegen in Basis-Gesundheitssysteme investiere, lässt sich das in der Regel nicht so direkt verbinden. Kommt hinzu, dass Finanzierungsorganisationen wie die Weltbank oder

der Internationale Währungsfonds in den letzten 20 Jahren die Privatisierung des Gesundheitssektors vorangetrieben haben. Nationale Gesundheitssysteme, die ehemalige Kolonien nach ihrer Befreiung entwickelt hatten und auch die funktionierenden Systeme in der ehemaligen Sowjetunion, wurden einfach zerstört. Deswegen ist die Lebens- und Gesundheitserwartung in diesen Ländern – in manchen afrikanischen Staaten ganz unabhängig von Aids – heute schlechter als in den 1960er-Jahren.

Ist das Menschenrecht auf Gesundheit überhaupt umsetzbar?

Wenn wir das Menschenrecht auf Gesundheit ernst nehmen, müssen wir ein integrales System der Versorgung wie auch der Prävention finden. Erste Priorität bei der globalen Umsetzung haben dabei Wasser und Hygiene, gefolgt von den Impfungen gegen die wichtigsten Kinderkrankheiten, der Umsetzung der Tabakkonvention sowie bessere Ernährung. Hier wissen wir eigentlich, was getan werden muss. Im Bereich der Medikamente hingegen werden wir neue Lösungen finden müssen. Das derzeitige Modell der Pharmaindustrie ist langfristig nicht haltbar, das wissen auch die Pharmakonzerne. Lassen sich mit Patenten nicht mehr stattliche Gewinne erzielen, dürfte hier eine ähnliche Revolution wie im Schallplattenbereich bevorstehen. Wie sich dies auf die Entwicklung von Medikamenten auswirken wird, ist offen. Eine Möglichkeit wäre die Schaffung von Forschungszentren, analog den internationalen Agrarforschungsinstituten. Oder Länder wie die Schweiz oder die EU könnten einen Teil ihrer grossen Forschungsetats für vernachlässigte Krankheiten zur Verfügung stellen. ■

Facts & Figures

Gesundheit ist ein Menschenrecht

1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmass an körperlicher und geistiger Gesundheit an.

2. Die von den Vertragsstaaten zu unternehmenden Schritte zur vollen Verwirklichung dieses Rechts umfassen die erforderlichen Massnahmen

(a) zur Senkung der Zahl der Totgeburten und der Kindersterblichkeit sowie zur gesunden Entwicklung des Kindes;

(b) zur Verbesserung aller Aspekte der Umwelt- und der Arbeitshygiene;

(c) zur Vorbeugung, Behandlung und Bekämpfung epidemischer, endemischer, Berufs- und sonstiger Krankheiten;

(d) zur Schaffung der Voraussetzungen, die für jedermann im Krankheitsfall den Genuss medizinischer Einrichtungen und ärztlicher Betreuung sicherstellen.

Aus dem UNO-Menschenrechtsabkommen, Pakt I (Sozialrechte) 1966

Links

Weltgesundheitsorganisation WHO
www.who.int

Global Fund zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria
www.theglobalfund.org

Netzwerk Medicus Mundi Schweiz: Informationen und Stellungnahmen zu gesundheitspolitischen Themen sowie Links zu den 45 Mitglieder-Organisationen von Medicus Mundi Schweiz
www.medicusmundi.ch

Die Gesundheits-Engagements der DEZA
www.deza.admin.ch (Themen, Gesundheit)

Website des DEZA-Gesundheitsnetzwerks
www.sdc-health.ch

Zitat

«Vorzeitiger Tod, vermeidbare Erkrankungen und Unterernährung sind alles Erscheinungsformen von Armut. Ich bin der Überzeugung, dass die Entbehrung von Gesundheit der zentralste Aspekt von Armut ist.»
Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen, 1998

Francesco Zizala/Noorifair



Ärzte-Dichte in ausgewählten Ländern

Pro 1000 Personen (Statistiken 2007-2009)

Mosambik	0.03
Burkina Faso	0.06
Afghanistan	0.21
Indien	0.65
Pakistan	0.81
China	1.41
Brasilien	1.76
Japan	2.14
Kirgistan	2.30
USA	2.42
Schweiz	4.07

(Quelle: WHO-Statistik)

Die Anzahl der Ärzte und Ärztinnen pro Kopf der Bevölkerung ist nur ein Faktor, um die Gesundheitsversorgung eines Landes zu messen. Entscheidend ist, dass in allen Ländern die Dichte der Gesundheitsversorgung in urbanen Regionen wesentlich höher ist als auf dem Land.

Schlüsselzahlen

Die Lebenserwartung der globalen Bevölkerung betrug im Jahr 2009 durchschnittlich 68 Jahre: Die Schweiz gehört mit 82 Jahren zu den Spitzenreitern, während die Lebenserwartung in Ländern wie Afghanistan oder dem Tschad unter 50 Jahren liegt.

2010 wurden weltweit im Durchschnitt 10.4 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens für Gesundheit ausgegeben.

2008 starben 36 Millionen Menschen an einer nichtübertragbaren Krankheit – dies entspricht 63 Prozent aller Todesfälle.

23 Prozent aller Krankheiten gehen auf Umweltbedingungen zurück: Mangelhafte Wasser- und Sanitätsversorgung beispielsweise fordern schätzungsweise 2 Millionen Tote im Jahr.

Im Banne des Erdöls

Staatsstreiche und Rebellionen prägen die Geschichte Tschads seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960. Dazu haben auch die beiden Nachbarn Libyen und Sudan und vor allem die einstige Kolonialmacht Frankreich beigetragen. Nun herrscht Frieden im Sahelland. Und die Erdölexporte bescheren der Regierung Dollar-Einnahmen in Milliardenhöhe. Hat damit auch für die elfeinhalb Millionen Tschaderinnen und Tschader eine bessere Zukunft begonnen? Von Ruedi Küng*.



Die Erdölförderanlage im Hintergrund schneidet der Bevölkerung von Maïkeri den Zugang zu ihrem Ackerland ab

Maïkeri, ein kleines Dorf im Südwesten Tschads: Vor einem Backsteinhaus mit Strohdach halten Frauen und Kinder in der drückenden Mittagshitze im Schatten von Palmen und Karité-Bäumen Siesta und trinken süßen Tee. Irgendwo muht eine Kuh, grunzt ein Schwein, meckern Ziegen, steht ein Fahrrad an einem Baum gelehnt. Ein dörfliches Idyll, wären da nicht in Sichtweite die hohe Kaminröhre mit der Flamme, die das Erdgas abfackelt, die Starkstromleitung mit den silbrigen

Masten, die umzäunten Tankanlagen und Gebäude der Erdölfirma Esso.

Die Bewohner von Maïkeri erleben die Erdölindustrie wie eine Invasion einer fremden Macht. Früher gab es hier nur Gehöfte, Savanne und Äcker. Die Bäuerinnen und Bauern gingen auf Trampelpfaden auf ihre Felder und pflanzten an, was sie zum bescheidenen Leben brauchten. Das ist Vergangenheit, bedauert der 95-jährige Dorfälteste Auguste Djinodji: «Wir sind arm. Aber

früher hatten wir wenigstens Felder, um anzubauen. Mit dem Erdöl haben wir nicht einmal mehr Felder.»

Arbeit nur für wenige

Fast 50 Bohrlöcher wurden auf dem Dorfgebiet angelegt, alle grossflächig von roter, gestampfter Laterit-Erde umgeben und mit Zufahrtspisten verbunden. Sie und weitere Anlagen haben die landwirtschaftliche Anbaufläche drastisch reduziert – und versperren den Dorfbewohnern die Pfade oder zwingen sie zu grossen Umwegen auf die

Beamte abgezweigt, mit dem Rest seien ausstehende Löhne, Tafeln und Kreide bezahlt worden. Bitter stellt der Dorfälteste fest: «Nachdem wir unser Ackerland verloren hatten, setzten wir unsere Hoffnungen aufs Erdöl. Vergeblich».

Als *village enclavé* – ein von Förderanlagen eingeschlossenes Dorf – ist Maikeri von der Erdölindustrie besonders stark betroffen. Es ist aber kein Einzelfall. Viele Dörfer zwischen Doba und Moundou mit gesamthaft über 800 Förderstellen sind in derselben oder einer ähnlichen Lage.

Die Ölvorkommen in der Region von Doba – ei-



In der Schulhütte drängen sich mehr als 60 Schulkinder zusammen



kleinen Landstücke, die ihnen noch verbleiben. Auch werden sie nach eigenen Aussagen von den Angestellten der Bewachungsfirmen schikaniert. Nach ungeklärten Diebstählen auf dem Firmengelände, deren man die Dorfbewohner verdächtigte, verhängte der Gouverneur eine nächtliche Ausgangssperre. Seither seien die Wachleute noch schärfer, sagt Auguste Djinodji. «Sie hindern uns daran, das Dorf zu verlassen. Selbst bei einem schweren Krankheitsfall lassen sie uns nicht in die nächste Krankenstation, die in einem anderen Dorf liegt, gehen.»

Ein bäuerliches Leben wie zuvor ist nicht mehr möglich. Zwar erhielten die betroffenen Bauern von Esso Entschädigungen. Viele überforderte jedoch die für sie ungewohnt hohe Summe, sie gaben das Geld einfach aus. Arbeit gibt es nur für wenige, auch weil die Schulbildung fehlt. Zwar drängen sich in der windigen Strohütte, die als Klassenzimmer dient, mehr als 60 Schülerinnen und Schüler zusammen, doch pro Fach hätten sie nur gerade ein Buch, erklärt Lehrer Elisé Djikol-dingam.

Die Schule habe von Esso umgerechnet 920 Franken als Entschädigung für das Bohrloch auf ihrem früheren Schulhof erhalten. 195 Franken hätten

ner der ärmsten des Tschad – sind seit den 1970er-Jahren bekannt. Ihre Vermarktung jedoch benötigt viel Kapital. Um ihr Risiko zu mindern, suchten deshalb die US-amerikanischen und malaysischen Investoren die Beteiligung der Weltbank. Diese wiederum wollte sich in der Armutsbekämpfung profilieren und Tschad zum Exempel für eine sozial verantwortungsvolle Ressourcennutzung machen und sagte zu.

Verpufftes Geld, leere Versprechungen

1999 wurde das Tschad-Erdölprojekt mit einer über tausend Kilometer langen Pipeline durch Kamerun an den Golf von Guinea und Investitionen von insgesamt 3,7 Milliarden Dollar besiegelt. Die Regierung verpflichtete sich im Gegenzug, einen Teil der Erdöleinnahmen für Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur, Umwelt, Wasserressourcen und ländliche Entwicklung insbesondere im Fördergebiet von Doba zu verwenden, einen Fonds für künftige Generationen anzulegen und über die Verwendung der Erdöleinkünfte öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Doch von all dem ist nicht viel übrig geblieben, das entsprechende Gesetz wurde aufgehoben. Die Bestimmung, das Fördergebiet von Doba mit

Tschad in Kürze

Name

Republik Tschad

Hauptstadt

N'Djamena (1 Mio. Einw.)

Fläche

1,28 Mio. km²

Einwohner

11,5 Millionen

Sprachen

Offizielle: Arabisch, Französisch
Dazu rund 130 lokale wie Sara, Baguirmi, Tuburi, Moudang

Durchschnittsalter

15 Jahre

Lebenserwartung

49,6 Jahre

Religionen

Muslime 60%
Christen 30%
Lokale 10%

Schulbildung

Zwei Drittel der Bevölkerung können nicht lesen und schreiben (grösste Analphabetenquote in Afrika)

Wirtschaft

80% der aktiven Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig, können aber den Nahrungsmittelbedarf nicht decken. Schwere Dürren führen immer wieder zu Versorgungskrisen.

Exportprodukte

Baumwolle, Rinder, Gummi arabicum und seit 2003 Erdöl.



Erdölgeldern zu entwickeln, besteht immerhin noch. So wurden in Doba ein Spital, ein Lycée und ein Fussballstadion gebaut. Doch alles sei ungenutzt, empört sich der Bischof von Doba, Mgr. Michele Russo. Es gebe keine Fussballmannschaft, der Mittelschule fehlten die Lehrer und dem Spital die Ärzte und das medizinische Personal. Von sozial verantwortungsvoller Erdölnutzung könne keine Rede sein. Die Weltbank hat sich denn auch aus dem Projekt zurückgezogen.

Geld für Truppen statt für Bildung

Dass Präsident Déby sein Engagement gegenüber der Weltbank brach, hat mit den Rebellen zu tun, die seinem Regime immer bedrohlicher wurden. Er brauchte Geld für Waffen, und um sich die Loyalität seiner Truppen zu erkaufen. Als 2008 tschadische Rebellen bis in die Hauptstadt N'Djamena vordrangen, konnte sich Déby nur dank der französischen Eliteeinheit «Épervier», die im Tschad stationiert ist, an der Macht halten.

Die tschadischen Rebellen verdankten ihre Schlagkraft der Unterstützung durch Sudans Präsidenten al-Bashir. Dieser hatte zwar 1990 Déby noch geholfen, den Diktator Hissène Habré zu stürzen. Doch mit der Darfur-Rebellion im Sudan entzweiten sich die beiden. Déby unterstützte die Aufständischen in Darfur, al-Bashir half den tschadischen Rebellen.

2010 versöhnten sich die beiden Präsidenten und unterhalten heute gemäss Moussa Dago, dem Generalsekretär im Aussenministerium, «exzellente Beziehungen» – die Rebellion sei beendet, es herrsche Friede. Die politische Opposition besiegte Déby an der Urne – 2011 zum vierten Mal. Die in der Verfassung verankerte Amtszeitbeschränkung hat er schon lange aufheben lassen. Und skrupellose Agenten von Regierung und Partei sorgen dafür, dass regierungskritische Stimmen nicht überhandnehmen.

Versteppung gefährdet Lebensgrundlage

Der tschadische Staat lebt heute zu zwei Dritteln vom Erdöl. Seit Beginn der Förderung im Jahr 2003 hat allein Esso, gemäss seinem Chef Scott Miller, über sechs Milliarden Dollar an die Staatskasse überwiesen. Inzwischen sind weitere Vorkommen entdeckt worden. Deren Ausbeutung übertrug Déby – ohne soziale Auflagen – der Chinesischen Nationalen Erdölgesellschaft CNPC. Diese hat vom Fördergebiet bei Bongor eine Pipeline in die Hauptstadt N'Djamena verlegt und dort eine Raffinerie erstellt, welche 2011 in Betrieb ging.

Mit dem Erdöl ist Tschads Bruttoinlandprodukt pro Kopf von 200 auf über 900 Dollar gestiegen.



Hervé Vincent/REX/Alat

Trotz Milliardeneinnahmen aus der Erdölindustrie ist die Armut noch immer gross

In N'Djaména verkehren denn auch auf breiten, asphaltierten Strassen teure Limousinen und klimatisierte Geländefahrzeuge. Den Alleen entlang sind Ministerien, Verwaltungsgebäude, ein Spital, Schulen, Hotels und Domizile neu erstellt oder renoviert worden. Dennoch ist die Armut noch immer gross. Der Tschad figuriert im UNO-Index für menschliche Entwicklung auf dem fünftletzten Platz. Nicht nur auf dem Land, auch in den Ausenquartieren der Hauptstadt ist die Armut offensichtlich. Die Menschen, viele vom Land hergezogen, leben in einfachen Backsteinhäusern ohne Strom und Wasser. Es gibt kaum Bäume, nachts ist es finster.

Derweil erneuert Präsident Déby gegenüber der kulturell und ethnisch vielfältigen Bevölkerung seine Versprechungen: Nahrungssicherheit, medizinische Versorgung, saubere Wohnverhältnisse, Trinkwasser und Energie, ebenso wie gute Regierungsführung, Transparenz und nationale Einheit. Auch die Landwirtschaft und die Viehhaltung verspricht er zu fördern. Beide wurden wegen des Erdöls stark vernachlässigt. So ist etwa die Baumwollproduktion gemäss Weltbankvertreter Jean-Claude Brou in den letzten zehn Jahren auf ein Fünftel geschrumpft. Vor allem aber benötigt die Land- und Viehwirtschaft eine nachhaltige Unterstützung. Denn die Lebensgrundlage der meisten Leute im Tschad ist durch die Versteppung und den Klimawandel gefährdet.

Wie prekär die Lage ist, zeigt die seit 2010 anhaltende Dürre. Sie hat Tschads Viehbestand dezimiert und die Getreideproduktion um mehr als ein Drittel zurückgehen lassen. Tschads Weg in eine bessere Zukunft ist noch weit. ■

**Ruedi Küng war während zwölf Jahren Afrikakorrespondent des Schweizer Radios und betreibt heute die Website Info.Africa.ch.*

Koffern aus Ölfässer

Tschad ist mit seiner Förderung von durchschnittlich 120 000 Fass pro Tag ein kleiner Erdölproduzent in Afrika. Nigeria fördert 20 Mal so viel. Das Erdöl hat Tschads Regierung jedoch seit 2003 Devisen von über 6 Mia. USD eingebracht (70 Prozent der Staatseinnahmen). Die 120 000 Fass (Masseinheit) des wertvollen Safts würden 86 000 Ölfässer füllen. An solchen fehlt es denn auch nicht im Land. Auf dem Metallmarkt im Moursal-Quartier von N'Djaména türmen sich gebrauchte Ölfässer zu meterhohen Wänden. Daraus schneiden, hämmern und schweissen Schmiede alle erdenklichen Gebrauchsgegenstände, Pfannen, Töpfe und Woks, kleine Öfen, Koffern und Schubkarren, Schaufeln, Pickel und Hacken. Gebrauchte Ölfässer finden überall auch Verwendung als Wassertanks. In der Ennedi- und Tibesti-Wüste festigen die Nomaden damit ihre Sodbrunnen.

Aus dem Alltag von... Didier Douziech, DEZA-Koordinator in N'Djamena

Zum Glück hat der zwei Minuten von meinem Haus entfernte Flughafen von N'Djamena nichts von einem Hub wie London oder Paris. Der Verkehr ist so bescheiden, dass der Fluglärm nicht stört. Die Mirages jedoch, welche jeden Morgen um sieben von der gleich daneben liegenden französischen Militärbasis abheben, machen einen Höllenlärm. Ausschlafen unmöglich. Am Wochenende ist das lästig.

Werktags stehe ich sowieso um sechs auf. Gegen Viertel nach sieben tauche ich als einer der Ersten im Büro auf. Heute erledige ich zunächst Korrespondenz und unterschreibe Verträge, Schecks, Banküberweisungen usw. Anschliessend treffe ich mich mit meinen Kollegen zur Standortbestimmung der laufenden Projekte. An dieser wichtigen wöchentlichen Sitzung nehmen die sechs Programmleiter und die fünf Direktionsmitglieder teil. Alle erläutern die Entwicklung der von ihnen betreuten Projekte und geben Informationen weiter, die für das ganze Team von Belang sind. Ich muss schon vor Ende der Runde weg: Um zehn findet in den Büros der Afrikanischen Entwicklungsbank eine Geberversammlung statt.

«Es liegt an den
Tschader Behörden,
klare Strategien zu
formulieren.»

Die Geber versammeln sich einmal im Monat, um ihre Aktivitäten zu koordinieren. Der im Frühling 2011 lancierte Prozess zeigt erste Resultate. Jeder von uns weiss genau, wer was und in welcher Region unternimmt. Zur besseren Koordination in den verschiedenen Bereichen haben wir thematische Untergruppen gebildet. Die Tschader Behörden tun sich allerdings noch schwer mit ihrer Führungsrolle. An ihnen ist es, klare Strategien zu formulieren, damit die Hilfe sich nach den nationalen Prioritäten ausrichten kann.

Zurück im Büro esse ich eine Frucht und überprüfe einen Kreditantrag, der rasch nach Bern übermittelt werden muss. Um 15 Uhr bin ich mit dem Landwirtschaftsminister verabredet. Wir besprechen einen bilateralen Vertrag für die Umsetzung eines DEZA-Programms zum Rieselwasser-Management in der Sahelregion Ennedi.



DEZA

Die DEZA-Projekte sind über das riesige Land verteilt. Aufgrund der grossen Distanzen kann ich sie nicht alle regelmässig besuchen. Um deren Betreuung kümmern sich die Programmleiter und meine beiden Assistenten. Sie sind direkter mit der Umsetzung verbunden, während ich mehr der Manager bin. Neben den laufenden Geschäften erarbeiten wir dieses Jahr eine neue Entwicklungszusammenarbeits-Strategie für die Jahre 2013 bis 2016. Die DEZA beabsichtigt, ihre Aktivitäten thematisch und geografisch zu konzentrieren.

Meist verlasse ich das Büro gegen sechs. Weil die Schweiz keine Botschaft in Tschad hat, müssen ich oder meine Kollegen manchmal an Diplomaten-apéros oder offiziellen Empfängen teilnehmen. Heute Abend aber habe ich Glück, gesellschaftliche Verpflichtungen stehen keine auf dem Programm. Zu Hause setze ich mich einen Moment lang in den Garten und beobachte die vielfältige Vogelwelt. Ich bin kein Spezialist, doch kann ich rund ein Dutzend Vogelarten identifizieren. Meine Frau und ich verbringen den Abend daheim. Obwohl es ein paar gute Restaurants in N'Djamena gibt, essen wir selten auswärts. ■

(Aufgezeichnet von Jane-Lise Schneeberger)

(Aus dem Französischen)

Von Gesundheit bis Flüchtlingshilfe

Tschad ist ein Schwerpunktland der bilateralen Schweizer Entwicklungshilfe, die hier seit 1965 aktiv ist. Momentan setzt die DEZA ein Dutzend Projekte in den drei grossen Klima- und Anbauzonen um – der Sahara im Norden, dem Sahel im Zentrum und den tropische Regionen im Süden – und arbeitet in den Bereichen Gesundheit, Bildung und ländliche Wirtschaft. Die DEZA bietet ausserdem den Flüchtlingen humanitäre Hilfe. Über 250 000 aus Darfur Vertriebene leben entlang der Grenze zum Sudan und rund 75 000 Zentralafrikaner haben im Süden Zuflucht vor den bewaffneten Konflikten in ihrem Land gefunden. Ausserdem setzt die Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA ein Konfliktpräventions- und Friedensförderungsprogramm um.
www.deza.admin.ch/tschad
www.swiss-cooperation.admin.ch/tchad

Genau derjenige, den ich brauchte

Mein Vater, Bougaye Nourène, gehörte der Garde nationale et nomade du Tchad an. Er wollte unbedingt, dass seine fünf Töchter und sechs Söhne erfolgreich sind und hat uns alle zur Schule geschickt. Dies trotz den Kommentaren von Verwandten, die ihm aus Angst, die Mädchen würden zu schlecht erzogenen Frauen heranwachsen, davon abrieten.

Im Sportunterricht an der Schule war Laufen meine Lieblingsdisziplin. Aufgrund meiner Leistungen über 100 und 200 Meter erhielt ich einen Trainer, der mich auf nationale und internationale Läufe vorbereitete. Ich habe viele Wettkämpfe und Medaillen gewonnen, vor allem bei den Zentralafrikanischen Spielen 1976 in Gabun.

Doch meine sportlichen Ambitionen kamen in meinem Umfeld schlecht an, das sei nichts für Mädchen. Nach ein paar Jahren Widerstand musste mein Vater dem gesellschaftlichen Druck nachgeben und mich als Vierzehnjährige verheiraten. Allerdings forderte er, dass ich trotz Heirat weiter zur Schule ging. So ist es in unserer Gesellschaft: Mädchen können sich ihren künftigen Ehemann nicht aussuchen. Aus dieser Ehe habe ich zwei Töchter und einen Sohn, die inzwischen erwachsen sind. Mein Mann starb nach ein paar Jahren Ehe.

Als Hissène Habré an der Macht war, war ich in der einzigen Partei aktiv, der Union nationale pour l'indépendance et la révolution (Unir). Ich wollte beweisen, dass eine Hausfrau und Mutter sich aktiv beteiligen kann, und war Regionalverantwortliche für politische Arbeit und Generalsekretärin von Ofunir, der Frauenorganisation der Partei. Leider wurde ich das Opfer von Männern, die mich um meine Stellung beneideten, und landete im Gefängnis.



Achta Bougaye ist Tschaderin, Muslimin und Angehörige der Bidio-Ethnie. Sie ist 1964 in der Stadt Abéché geboren, 800 Kilometer von der Hauptstadt N'Djamena entfernt. Heute lebt sie in Ati, in der Region Batha, wo sich die ganze Familie nach der Pensionierung ihres Vaters niedergelassen hat. Sie ist Mutter dreier Kinder und arbeitet für die DEZA als Koordinatorin eines Frauenbildungsprojekts.

Nach dem Ausstieg aus der Politik habe ich mich im Gesundheitsbereich weiterbilden lassen, wurde aber krank und musste eine Pause einlegen. Wieder gesund, arbeitete ich als Freiwillige im Spital von Ati, bevor ich umsetzte und eine Stelle als Landwirtschaftstechnische Angestellte erhielt. Im Januar 1995 wurde ich von der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit als Frauenbildnerin für die Region Batha angeheuert. Einmal mehr konnte ich da meine Fähigkeit unter Beweis stellen, Dinge genauso gut wie ein Mann zu realisieren. Das Projekt ist rasch gewachsen. Dank ihm werden in der Region Batha Frauen von Männern besser respektiert und können ihre Meinung zu wichtigen familiären oder gemeinschaftlichen Entscheidungen äussern.

Damals stand eine andere, enorm wichtige Entscheidung an, die mein Leben veränderte: meine zweite Heirat. Ich war zwar Koordinatorin des DEZA-Projekts für die Region Batha. Doch wäre es bei uns undenkbar gewesen, als Single vor andere Frauen hinzustehen und sie auszubilden. Niemand hätte mich ernst genommen. Also begann ich, mich nach dem Mann umzusehen, mit dem sich mein Traum einer echt partnerschaftlichen Beziehung verwirklichen liess. Und weil Gott das Gute mag, hat er den Mann, den ich seit Jahren gesucht hatte, meinen Weg kreuzen lassen. Es war genau derjenige, den ich brauchte! Heute ist er meine Stärke, mein Double. Wir leben in einer gleichberechtigten Beziehung in allen ihren Formen. Viele Männer, die ihn damals für verrückt hielten, haben begonnen, es ihm in ihren eigenen Familien gleichzutun. ■

(Aus dem Französischen)



Thomas Grabow/veif

Weit mehr als ein Wachhund

Als vierte Staatsgewalt prägen die Medien die öffentliche Meinung in einer Gesellschaft weitreichend mit. Insbesondere auch, indem sie Politik, Justiz und Wirtschaft auf die Finger schauen. In Tansania unterstützt die DEZA den Presserat und den Media Fund of Tanzania, der Journalistinnen und Journalisten mit finanziellen Beiträgen und einem Bildungs- und Mentoring-Programm fördert.



Die Ethikkommission des tansanischen Presserats engagiert sich für bessere Gesetze im Land

(mw) 2010 lud die Radiostation Kili FM in der Region Kilimandscharo mehrere Politiker ins Radiostudio ein, wo diese sich den Fragen der Hörerinnen und Hörer bezüglich ihrer Wahlversprechen stellten. Dabei schnitten einige von ihnen so schlecht ab, dass es ihnen die Wiederwahl kostete. In Mwanza wiederum brachte der Lokalsender Sengerema FM unhaltbare Zustände an einer Primarschule ans Licht, woraufhin der Schulleiter den Hut nehmen musste. Und als 2009 einige Journalisten aufdeckten, dass mehrere Säuglinge nach dem Verzehr von Bébémilch erkrankten, reagierten die Behörden umgehend und nahmen gefälschte Packungen vom Markt.

Solche Beispiele für unabhängigen und investigativen Journalismus gibt es in Tansania, doch sind sie nicht selbstverständlich: Es fehlt an Mitteln, fundierter Ausbildung und teilweise an Pressefreiheit – nicht jedoch an Bestechung. Journalisten sprechen denn auch offen vom «braunen Umschlag», der jeweils auf ihrem Pult lande.

Zwei Organisationen, ein Ziel

Seit rund fünf Jahren unterstützt die DEZA in diesem ostafrikanischen Land mit gezielten Aktionen den Journalismus: Sie gehört zu den Geldgebern des tansanischen Presserats (MCT), der sich für bes-

sere Gesetze engagiert und Journalisten unterstützt, die aufgrund ihrer Berichterstattung angeklagt werden oder anderweitig unter Druck geraten.

2006 wurde zudem der Tanzania Media Fund (TMF) gegründet, der Medienschaffenden mit Sonderbeiträgen vertiefte Recherchen ermöglicht, die Berichterstattung in und aus ländlichen Gebieten fördert, Ausbildungen anbietet, sowie ein Mentoring-Programm lanciert hat. Zudem zeichnet er herausragende Reportagen aus. Das Credo des TMF heisst denn auch: «Die Medien müssen ihre Rolle als Wachhund der Gesellschaft wahrnehmen.»

Juliane Ineichen von der DEZA-Abteilung Ost- und Südliches Afrika teilt diese Haltung, betont jedoch, dass guter Journalismus weit mehr als eine Wachhundfunktion beinhaltet: «Uns ist es wichtig, dass nicht nur eine eindimensionale Kritikkultur der Regierung gegenüber entsteht, sondern eine umfassende, vielfältige Berichterstattung, die sämtliche politischen Meinungen und alle Facetten der Zivilgesellschaft widerspiegelt.» Guter Journalismus könne sich sehr direkt positiv auf die Bevölkerung auswirken, wie das Beispiel der Bébémilch zeige. Ein Teil der Recherchen zu diesem Skandal wurden durch den TMF mitfinanziert. ■

Die Erklärung von Sansibar

Im Mai 2010 trafen sich in Sansibar Journalisten aus 10 ost- und südafrikanischen Ländern, darunter auch Vertreter aus Tansania. In einer gemeinsamen Erklärung betonten die Konferenzteilnehmer die wichtige Rolle von Meinungs- und Informationsfreiheit für die ökonomische und demokratische Entwicklung eines Staates. Sie riefen die Regierungen ihrer Länder dazu auf, bessere gesetzliche Grundlagen für die Pressefreiheit zu schaffen, den Bürgerinnen und Bürgern die Meinungsbildung zu ermöglichen und Medienschaffende vor Repressionen zu schützen.

www.mct.or.tz/mediacouncil (Media Freedom/World Press Freedom Day)
www.tmf.or.tz

Pilze für die Prai

Obwohl Laos wirtschaftlich markant zulegt, gehört es nach wie vor zu den ärmsten Ländern der Welt. Vom Wachstum profitiert vorwiegend die Bevölkerung im Tiefland. Die benachteiligten Ethnien jedoch, welche vorwiegend im Hochland leben, spüren davon wenig. In der Region Saysathan unterstützt die DEZA ein Projekt in 19 Prai-Dörfern.



DEZA

Innert weniger Jahre hat sich die Impfquote bei den Prai von 30 auf über 60 Prozent verbessert

Bomben und Blindgänger

Während des Vietnamkriegs verhielt sich Laos neutral, weshalb es auch keine offizielle Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an das Land gab. Dennoch gehört Laos zu den am schwersten bombardierten Staaten der Welt. Zur Zurückbindung der kommunistischen Kräfte in Laos und in Nordvietnam warfen US-Flugzeuge zwischen 1966 und 1973 über dem südostasiatischen Land pro Einwohner umgerechnet 2,5 Tonnen Sprengsätze ab. Noch heute stellen, insbesondere im Grenzgebiet zu Vietnam im Osten des Landes, Blindgänger eine riesige Herausforderung dar. Die Ethnie der Prai lebt im Nordwesten des Landes, unweit von Thailand.

(mw) Nach der Heirat zieht ein Prai-Mann in das Haus seiner Frau. Das Land wird an die Töchter vererbt. Und auch größeren Familienverbänden steht in der Regel eine Frau als Oberhaupt vor. Trotz dieser matriarchalen Strukturen ist es in der Region Sysathan jedoch schwierig, Frauen in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit miteinzubeziehen.

Ein Grund dafür ist die Bildung: So erreichen beispielsweise nur 28 Prozent der Mädchen die fünfte Klasse, bei den Knaben sind es 41 Prozent. Andererseits halten sich Frauen bei Vorhaben, die ausserhalb des Familienkontextes liegen, zurück. Sobald es um Strassen, Brunnen oder wirtschaftliche Projekte wie die Gründung einer Pilzzucht geht, haben die Männer das Sagen. «Für uns sind solche Konstellationen eine spannende, aber auch schwierige Herausforderung, denn schliesslich wollen wir auch Frauen in unsere Entwicklungsbemühungen involvieren», sagt Liliana Ortega, die

den Bereich «Landwirtschaft und Ernährungssicherheit» im DEZA-Kooperationsbüro in Vientiane leitet.

Im Vergleich zu anderen DEZA-Aktivitäten in Laos ist das Parua-Projekt (Poverty Alleviation in Remote Upland Areas) zur Förderung der Prai eher klein und stark lokal verankert. «In meinen Augen bilden solche basisnahen Engagements eine wichtige Ergänzung zu unserer institutionell ausgerichteten Arbeit in Laos. Dort konzentrieren wir uns beispielsweise auf das Rechtssystem und die Mitbestimmung der Bevölkerung oder fördern die Lebensmittelproduktion und den Marktzugang von kleineren und mittleren Unternehmen.» Laut Ortega brauche es immer beides: systemische Veränderungen, die ein Land als Ganzes voranbringen, und das Engagement, das sich direkt an die ärmsten Bevölkerungsschichten richtet. «Solche Projekte sind eminent wichtig für uns und auch ein gutes Lernfeld.»

Benachteiligte Ethnien in Hochland

Laos zählt nach wie vor zu den ärmsten Ländern der Welt, wies jedoch in den letzten zehn Jahren ein beachtliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich sieben bis acht Prozent auf. Zu verdanken ist dies vor allem dem Rohstoffabbau, von dem die Menschen auf dem Land, insbesondere die ethnischen Minderheiten im Hochland, jedoch kaum profitieren.

Landesweit gibt es rund 50 verschiedene Ethnien, unterteilt in mehrere Hundert Untergruppen. Die

lich seltener auf. An geeigneten Stellen, wo das Ackerland nicht abschüssig ist, lernte die Bevölkerung ausserdem, einfachste Wasserräder zu installieren, um die Reisfelder zu bewässern und die Ernteerträge dadurch zu erhöhen.

«Einer der wichtigsten Erfolge des Projekts ist die verbesserte Impfquote beim Vieh», sagt Liliane Ortega. «Wir konnten einige Bauern darin schulen, wie man Ziegen, Hühner und Kühe impft. Heute arbeiten sie auf eigene Rechnung und erzielen dadurch ein Zusatzeinkommen. Gleichzei-



Bauern lernen, ihre Tiere selber zu impfen und Wasserräder zur Bewässerung ihrer Reisfelder zu bauen

rund 16 000 Prai sind Nachkommen einer Bevölkerungsgruppe, die schon vor der Ankunft der derzeit dominierenden Thai/Lao vor rund 1000 Jahren im Mekong-Gebiet siedelten. Heute leben sie im nordwestlichen Hochland. Die Dörfer sind sehr arm und konnten bis vor kurzem teilweise nur zu Fuss erreicht werden.

Das Parua-Projekt, welches von der Nichtregierungsorganisation CARE International umgesetzt wird, wurde 2003 gestartet und hat mehrere Ansatzpunkte. So wurden etwa Strassenverbindungen erstellt, um der Bevölkerung die Handelsbeziehungen mit dem Tiefland zu ermöglichen. Zum Verkauf gelangen beispielsweise Tee oder getrocknetes Besengras.

Ein wichtiger Fokus liegt auf der Trinkwasserversorgung. In einigen Dörfern gelang es, Quellen anzupapfen und Brunnen zu erstellen. Dies erleichtert insbesondere den Frauen, die vorher das Wasser von weit her holen mussten, den Alltag.

Gesündere Tiere und gesündere Menschen

Auch die Gesundheit der Bevölkerung hat sich messbar verbessert. So treten Krankheiten, die mit schlechter Wasserqualität zu tun haben, heute deut-

lich ist die Nahrungssicherheit in der ganzen Region markant gestiegen.» Auch bei der Bevölkerung hat sich die Impfquote von 30 auf weit über 60 Prozent erhöht. Dies dank der neu ins Leben gerufenen mobilen Klinik, welche die Zieldörfer dreimal pro Jahr besucht.

Ende 2015 wird die Unterstützung der DEZA für das Projekt auslaufen. CARE bleibt jedoch vor Ort und arbeitet daraufhin, das bisher Erreichte noch stärker als bisher der Verantwortung der lokalen Behörden zu übergeben, insbesondere was die Wasserversorgung und die mobilen Kliniken betrifft.

Zudem arbeitet die NGO an einem speziellen Netzwerkprojekt für die ärmsten Familien in der Region. Diese konnten sich aus unterschiedlichen Gründen nicht an den Hühner-, Ziegen- oder Pilzzuchten beteiligen, welche über 60 Familien ein kleines Einkommen verschafft haben. Nach der Evaluation der letzten Projektphase haben sich nun einige Familien mit mittleren und höheren Einkommen – d.h. zwischen 125 und 325 Dollar im Jahr – bereit erklärt, sich als Gruppe neu zu organisieren und die Gewinne einer gemeinsamen Ziegenzucht mit den am meisten benachteiligten Familien zu teilen. ■

Die DEZA in Laos

Die Entwicklungszusammenarbeit der DEZA konzentriert sich in der Region Mekong auf mehrere benachbarte Länder – Laos, Vietnam, Kambodscha und Myanmar – und auf folgende Themen: Gute Regierungsführung, wirtschaftliche Entwicklung mit Fokus auf die Berufsbildung, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Dabei erzielte insbesondere das Projekt für die Erforschung neuer Reissorten grosse Erfolge und hat Laos geholfen, seine Reis-Selbstversorgung zu gewährleisten. Dieser Erfolg beschränkt sich jedoch bisher auf das Tiefland.

www.deza.admin.ch/mekong
www.swiss-cooperation.admin.ch/mekong

Einblick DEZA

Maghreb: Geforderte Gemeinden

(mq5) Als Folge der Unruhen rund um den Arabischen Frühling haben viele junge Frauen und Männer ihre nordafrikanische Heimat verlassen, was in den Städten und Dörfern stark spürbar ist. Migrationswellen wirken sich nicht nur auf die Grösse und demografische Zusammensetzung von Gemeinden aus, sondern auch auf den lokalen Arbeitsmarkt und den Bedarf an öffentlichen Leistungen. Viele Gemeindeverwaltungen sind dabei überfordert, auf sich alleine gestellt und wünschen sich einen Austausch mit anderen Gemeinden und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ein vom DEZA-Globalprogramm Migration und Entwicklung unterstütztes Projekt soll nun dazu beitragen, Gemeinden sozial und wirtschaftlich zu stärken, indem private und öffentliche Initiativen koordinierter ablaufen. Vorerst werden zehn Initiativen in Städten und Dörfern in Marokko, Tunesien und Ägypten begleitet, indem gezielte Trainings von Behörden sowie der Aufbau eines Netzwerks von Verwaltungen und NGOs für den Wissensaustausch gewährleistet werden.

*Projektdauer: 2012 bis 2015
Budget: 2,1 Mio. CHF*

Nomaden: Unterwegs lernen

(bm) In West- und Zentralafrika spielt Viehzucht eine wichtige wirtschaftliche Rolle. Betrieben wird sie hauptsächlich als Weidewirtschaft – bis 90 Prozent des Viehbestands wird so gehalten. Mit ihren Herden und einem Teil ihrer Familie wandern die nomadisierenden Viehzüchter über Staatsgren-

zen hinweg. Diese Bevölkerung bewegt sich insofern ausserhalb der bestehenden Bildungssysteme, als sich Mobilität und stationärer Schulbesuch kaum vereinbaren lassen. Auch decken sich die unterrichteten Inhalte nicht immer mit den Bedürfnissen und Werten der Nomaden. Die DEZA hat nun ein regionales Programm lanciert, mit dem angepasstes Wissen und Fähigkeiten für Tausende von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vermittelt werden. Gleichzeitig wird die Ausarbeitung von Bildungs- und Ausbildungsangeboten unterstützt, welche gezielt die Bedürfnisse der Hirtenvölker in den Grenzgebieten von Burkina Faso, Mali, Niger, Benin und Tschad unterstützt. *Projektdauer: 2012 bis 2017
Volumen: 9,5 Mio. CHF*

Polen: Sicherer Strassenverkehr

(mpe) Europaweit hält Polen den traurigen Rekord an tödlichen Verkehrsunfällen. Dies vor allem der verantwortungslosen Verkehrsteilnehmer wegen. Als Mitglied der EU muss das Land in Sachen Verkehrssicherheit jedoch westliche Standards anpeilen. Die Schweiz besitzt eine sehr hohe Verkehrssicherheit und gibt deshalb ihre diesbezüglichen Erfahrungen und Praktiken weiter. Sie setzt deshalb in Polen – im Rahmen ihres Beitrags zur EU-Erweiterung – ein Projekt zur Verhütung von



Laurent Cocchi

Verkehrsunfällen um. In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Polizei-Institut in Neuenburg wurde ein ambitioniertes Austausch- und Ausbildungsprogramm erarbeitet, während dem rund 620 polnische Sicherheitsverantwortliche Kurse besuchen werden. Darüber hinaus finanziert die Schweiz Radar- und andere Verkehrsbeobachtungsgeräte, Strassenanpassungen (beispielsweise Zebrastreifen) sowie landesweite Sensibilisierungskampagnen. *Projektdauer: 2012 bis 2014
Volumen: 4 Mio. CHF*

Serbien: Gestärktes Parlament

(mpe) Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) stärkt in Zusammenarbeit mit der DEZA die Kapazitäten des serbischen Parlaments, damit dieses die europäischen Transparenz- und Effizienzstandards erreichen kann. Das Projekt beinhaltet für Serbien neuartige Aspekte, so unter anderem die Dezentralisierung bestimmter parlamentarischer Aktivitäten, eine Online-Ausgaben-Supervision sowie die Aufnahme von Arbeitsbeziehungen mit fünf gesetzgebenden Versammlungen vor Ort. Das UNDP arbeitet seit mehreren Jahren mit dem serbischen Parlament zusammen und hat etwa die Ausarbeitung verschiedener Gesetzestexte unterstützt. Die DEZA wiederum trägt mit ihrem Engagement weiter zur Demokratisierung des Landes bei, welches vor rund zehn Jahren mit der Förderung der ‚Ständigen Konferenz der Städte und Gemeinden Serbiens‘ begonnen hatte. Die Schweiz greift dabei auf ihre

Erfahrungen in Mazedonien zurück, wo sie das Parlament seit Jahren unterstützt. *Projektdauer: 2012 bis 2015
Volumen: 1 Mio. CHF*

Niger: Management von Nahrungskrisen

(ung) Einmal mehr leiden in Niger sechs Millionen Menschen, mehr als ein Drittel der Bevölkerung, unter einer unsicheren Ernährungslage. Wegen der ständig wiederkehrenden Nahrungskrisen hat die Regierung ein landesweites Präventions- und Management-Dispositiv aufgebaut. Mit diesem soll das westafrika-



Maitike Gatonjiraf

nische Land seine Situation besser einschätzen und rasch konkrete Massnahmen ergreifen können, beispielsweise die Gratisverteilung von Getreide und Saatgut sowie die Unterstützung von Getreidebanken. Die landesweite Alarminstanz geniesst die Anerkennung von Behörden und Zivilbevölkerung. Die DEZA hat sich zu einer mehrjährigen finanziellen Unterstützung verpflichtet, um die Ernährungssicherung der Bevölkerung sowie Funktion und Koordination der Frühwarnheiten zu gewährleisten. Dabei sollen auch bereits erzielte Entwicklungsschritte konsolidiert werden, welche Krisenzeiten oft zunichte machen.

*Projektdauer: 2012 bis 2014
Volumen: 6,7 Mio. CHF*

Der grosse Run auf fruchtbares Land

Landwirtschaftsland in Entwicklungsländern ist zu einem begehrten Gut geworden und wird international gehandelt. Die wichtigsten Investoren kommen aus Schwellenländern wie China, Saudi Arabien oder Indien, aber auch aus dem Norden. Doch Land Grabbing (Landnahme) birgt grosse Gefahren für die Ernährungssicherheit. Von Mirella Wepf.



Loida Nakachwa aus Mubende in Uganda wurde von ihrem Land vertrieben trotzdem ihr Dokument in Lokalsprache beweist, dass das Land offiziell ihrer Familie gehört

Der Run auf fruchtbares Land nimmt weltweit zu: Seit 2000 wurden gemäss neusten Berichten 83 Millionen Hektar Landwirtschaftsland von ausländischen Investoren – darunter Staaten, global tätige Unternehmen und private Investoren – erworben oder für 50 bis 100 Jahre gepachtet, das meiste davon in Ostafrika und Südostasien. Dies entspricht 1,7 Prozent der weltweiten Landwirtschaftsfläche. Publiziert wurde diese Zahl Ende April 2012 auf der Webseite von Land Matrix, einer Online-Datenbank für Landhandel. Zu den Trägerorganisationen von Land Matrix gehören unter anderem das Centre for Development and Environment (CDE) der Universität Bern und die International Land Coalition (ILC), einer Allianz von zivilgesellschaftlichen und internationalen Organisationen, welche massgeblich von der DEZA mitunterstützt wird. Die Datenbank wird aufgrund von Rückmeldungen laufend aktualisiert und verifiziert. So stellte sich

heraus, dass eine Reihe der ursprünglich erfassten Verträge nicht abgeschlossen oder wieder annulliert wurden. Zudem werden nur Deals von Landstücken mit mehr als 200 Hektar Grösse erfasst.

Viele Deals nicht öffentlich

Andere Deals wiederum werden nicht öffentlich gemacht, weshalb die genaue Menge international gehandelten Landes nicht bekannt ist. «Trotz solcher Unschärfen ist die Land Matrix ein wichtiges und glaubwürdiges Instrument, um die Dimension und Dynamik des weltweiten Handels von Agrarland aufzuzeigen», erklärt Alexandre Ghélew, Mitarbeiter des Globalprogramms Ernährungssicherheit der DEZA. Der ergänzende Bericht zur Datenbank macht zudem deutlich, dass der Erwerb von Land oft in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte stattfindet, und dass fast die Hälfte des betroffenen Landes bereits landwirtschaftlich genutzt wurde:

Neues Bodenrecht in Burundi

In Subsahara-Afrika sind die meisten Menschen in der Landwirtschaft tätig, doch nur wenige Länder haben eine Bodenpolitik, die diesen Namen verdient. Es fehlt an Katastern und Grundbüchern, Millionen von Bauern besitzen keinen offiziellen Eigentumstitel für ihr Land. Es gilt der aus der Kolonialzeit stammende Grundsatz der *Domanialité*, wonach nicht offiziell registriertes Land dem Staat gehört. Enteignungen und Vertreibungen sind also sehr einfach. In Burundi hat die DEZA einen innovativen Ansatz gewählt und unterstützte die Einrichtung von «Guichets fonciers» auf Gemeindeebene. Diese lokalen Land-Büros können rasch und kostengünstig Landtitel ausstellen. Zu Beginn geschah dies inoffiziell. Im Juni 2011 wurde dieses dezentrale Verwaltungsmodell im Rahmen des neuen burundischen Bodenrechts institutionalisiert und 2400 seit 2010 ausgestellte Titel wurden anerkannt.



Christoph Goebbel/afif



Sven Torfinn/afif

Grossflächige Landkäufe beinhalten viel Konfliktpotenzial, sei dies bezüglich Wassernutzung (links Tansania) oder Monokulturen (oben Uganda)



Johan Persson/Kontinent/afif

Die indigene Bevölkerung – hier im indischen Bundesstaat Orissa – wird oft übergangen

Ausländische Investoren konkurrenzieren also mit Kleinbauern.

Die Analyse der über 1000 erfassten Transaktionen lässt auch auf eine geografische Konzentration des Handels schliessen. 70 Prozent der Fläche, die sich im Besitz internationaler Investoren befindet oder von ihnen genutzt wird, liegen in elf Ländern, die meisten davon in Ostafrika und Südostasien. Die wichtigsten Investoren kommen aus Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien; eine wichtige Rolle spielen aber auch die Golfstaaten, gefolgt von Nordamerika und europäischen Staaten. Gemäss Land Matrix-Mitautor Markus Giger vom CDE gibt es auch Schweizer Firmen, die an solchen Deals beteiligt sind.

Nationale Plattformen für mehr Transparenz

Bezüglich Land Grabbing ist eine der zentralen Fragen, wie sich dieses auf die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung auswirkt. «Solche Investitionen können auch neues Kapital in eine Region bringen, den Bau nützlicher Infrastruktur vorantreiben und gesellschaftlichen Wandel positiv beeinflussen», sagt Alexandre Ghélew. Doch grund-

sätzlich sei Skepsis durchaus angebracht. Kritiker warnen denn auch davor, dass Kleinbauern ohne Landrechte zugunsten von Monokulturen vertrieben werden und Probleme mit der Wassernutzung entstehen, da für die grossflächige Bewässerung die Quellen leer gepumpt werden und die umliegenden Kleinfelder der Lokalbevölkerung vertrocknen.

Für allfällige Positiveffekte des Landhandels braucht es deshalb die richtigen Rahmenbedingungen. Die DEZA engagiert sich diesbezüglich auf verschiedenen Ebenen: zum einen lokal über die Kooperationsbüros in den einzelnen Ländern, zum anderen auf internationaler Ebene durch das Globalprogramm Ernährungssicherheit. So war sie an der Erarbeitung der freiwilligen Richtlinien zur Nutzung von Land, Wald und Fischgründen, die vom Komitee für Welternährungssicherheit im vergangenen Mai in Rom verabschiedet wurden, massgeblich mitbeteiligt.

Auch beteiligte sie sich beratend an der Erarbeitung einer Charta für Investoren im Agrarbereich. Diese ergänzt seit September 2011 die UN-Principles for Responsible Investment (PRI), und wird derzeit von acht internationalen Finanzinstituten (darunter mehrere Pensionskassen) aus Holland, Dänemark, England, Schweden und den USA mitgetragen. Federführend bei der Erarbeitung dieser Richtlinien war die Abteilung Menschliche Sicherheit beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten.

Ergänzend begleitet die DEZA derzeit eine Gruppe von Investment Funds bei der Erarbeitung eines Monitoring-Instruments für Investitionen in Agrarland. «Dieses soll letztlich der Implementierung und Überwachung der ‚Principles for Responsible Investment in Farmland‘ dienen», erläutert

Preisgekrönter Film

Der Film «Der Preis der Schulden» des französischen Dokumentarfilmers Alexis Marant thematisiert das inzwischen globale Phänomen des Ausverkaufs von Agrarflächen in unterentwickelten Ländern. Interviews mit Investoren und Regierungsvertretern aus verschiedenen Ländern im Norden wie im Süden geben dabei Einblick in ein Monopoly-ähnliches Spiel mit teils dramatischen Folgen. «Der Preis der Schulden» ist bei der Fachstelle «Filme für eine Welt» erhältlich; www.filmeine-welt.ch



Johann Rousset/afp

Ob im indischen Bundesstaat Maharashtra (oben) oder anderswo: Wenn Land im grossen Stil gehandelt wird, geraten Kleinbauern am meisten unter Druck

Manfred Kaufmann, Mitarbeiter des Globalprogramms Ernährungssicherheit der DEZA.

Ein weiteres Schlüsselprojekt für die nachhaltige Entwicklung des Landhandels ist für die DEZA das Land Observatory, welches sie mit einem Beitrag von 800000 Franken unterstützt. Das Projekt unter der Leitung von ILC und CDE hat zum Ziel, gemeinsam mit lokalen Partnern in fünf Pilotländern Methoden zu entwickeln, welche Landhandel und Ernährungssicherheit in Einklang bringen. Markus Giger vom CDE: «Bis Mitte 2013 werden wir für Laos, Kambodscha, Tansania, Madagaskar und Peru nationale interaktive Plattformen entwickeln.» Diese sollen landesweit mehr Transparenz schaffen. Die Land-Deals und entsprechende Hintergrundinformationen werden für Interessenvertreter wie Kleinbauernvereinigungen, NGOs oder lokale Behörden abrufbar. «Die Zivilgesellschaft kann sich so besser einmischen, und je nach Umständen erhält eine nationale Regierung auch bessere Einblicke auf lokaler Ebene.» Laut Giger sollten sich so die sozialen und ökologischen Konsequenzen eines Landtransfers besser abschätzen lassen, oder leichter erkennbar sein, ob und wieviele Kleinbauern in einem Gebiet tangiert sind.

Parallel zum Aufbau der Plattformen initiieren ILC und CDE mittels diverser Workshops in den fünf Ländern Dialogprozesse, die nicht nur die einzelnen Landverkäufe näher beleuchten, sondern auch verletzte Bevölkerungsgruppen ins Zentrum der

Aufmerksamkeit rücken und Verbesserungen der nationalen Regierungsführung anstreben.

Umsetzung der freiwilligen Richtlinien

Nicht nur im Bereich der Land Matrix-Datenbank gehen die Arbeiten bezüglich Land Grabbing weiter, auch im Zusammenhang mit den freiwilligen Richtlinien zur Nutzung von Land, Wald und Fischgründen hat die DEZA ein Folgeprojekt lanciert. «Richtlinien nützen wenig», so Alexandre Ghélew, «wenn sie nicht umgesetzt werden.»

Die Richtlinien enthalten denn auch über 170 konkrete Empfehlungen im Sinne von bewährten Praktiken, welche Staaten, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen oder private Investoren in ihr Handeln einbeziehen sollten. Dazu zählen gesetzliche Grundlagen ebenso, wie das Monitoring der Umsetzung. Weitere Beispiele sind der Umgang mit individuellen und kollektiven Landrechten, insbesondere von Frauen, sowie der Umgang mit indigenen Völkern.

Mitte Juli 2012 hat die DEZA der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO einen Beitrag von drei Millionen Franken zugesprochen, um die Umsetzung der freiwilligen Richtlinien voranzutreiben, unter anderem durch deren Verbreitung, das Erarbeiten von Umsetzungsinstrumenten wie E-learning-Programmen und durch die Stärkung von lokalen und nationalen Kapazitäten. ■

Grosses Interesse an kleinem Land

Kambodscha erscheint im Analysebericht zur Land Matrix nicht unter den 20 am meisten betroffenen Ländern. Dennoch gibt es auch da ein enormes Interesse internationaler Investoren. 60 Deals wurden in der Land Matrix erfasst, die insgesamt rund 400000 Hektaren umfassen. Angesichts der Grösse des Landes ein hoher Wert. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch das Interesse zahlreicher kambodschanischer NGOs, sich als Pilotland beim Land Observatory zu beteiligen.

Links

Land Matrix: www.land-portal.info/landmatrix

Richtlinien zur Land- Wald und Fischereinutzung: www.fao.org/nr/tenure/voluntary-guidelines

Centre for Development and Environment (CDE) der Universität Bern: www.cde.unibe.ch

International Land Coalition (ILC): www.landcoalition.org

Farmland Principles von Finanzinstituten: www.unpri.org/commodities/

DEZA
- Wirkungsbericht Landwirtschaftssektor 2010
- Landgouvernanz www.deza.admin.ch

Niemand gibt Antwort

Das Ende des Krieges in Nepal sorgte vor fünf Jahren weltweit für Schlagzeilen. Die bewaffneten Rebellen verliessen den Dschungel und schlossen sich der offiziellen Politik an. Das Land machte sich daran, die erste Verfassungsgebende Versammlung zu wählen. Für viele hiess das Ende des Krieges nicht nur Schluss mit Blutvergiessen und Gewalt, sondern auch die Chance eines Neubeginns und des Anschlusses an die Entwicklung.

Doch trotz allen Hoffnungen blieb all dies im täglichen Leben weiterhin Wunschdenken. Die Parteichefs kümmerten sich weiterhin um politische Belanglosigkeiten und Machtspielchen. Alle nachfolgenden Regierungen konnten weder die Energie- und Ölkrise eindämmen, noch die Massenauswanderung in die Golfregionen stoppen, die aufgrund der grassierenden Arbeitslosigkeit in Nepal immer grössere Ausmasse annahm. Heute leidet die Wirtschaft unter dem Rückzug von Investoren und einer aufkommenden Landwirtschaftskrise, da es die Regierung nicht schafft, in Indien genügend Düngemittel zu beschaffen.

Dies veranschaulicht, wie eine ineffiziente Regierung das Überleben von Millionen von Menschen gefährden kann. Durch das Unvermögen der Regierung werden die nepalesischen Bauern dieses Jahr ihre Investitionen und die dringend benötigten Ernten verlieren. Als die Pflanzzeit für den Reis schon fast zu Ende war, stürmten verzweifelte Landwirte scharenweise in die Hauptstadt Kathmandu, um Druck auf die Regierung auszuüben, auf dass sie schnellstmöglich handle. Viele standen den ganzen Tag vor den Lagerhäusern Schlange und kehrten trotzdem mit leeren Händen heim.

Nach offiziellen Schätzungen wurde auf nur 62 Prozent der Reisfelder im Hügelland, auf nur 54 Prozent der höher gelegenen Gebiete und im Terai gar nur auf 44 Prozent Reis angebaut. Kein gutes Zeugnis für ein Land, in dem die Landwirtschaft 35 Prozent des BSP ausmacht und 76 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt. Mag sein, dass die Regierung sich um «bedeutendere Aufgaben» wie Frieden und Verfassung kümmern muss.

Doch die Unfähigkeit, etwas so Alltägliches und Simples zu bewerkstelligen, wie die Lieferung von Düngemittel für die Bauern in der Pflanzzeit, ist sträfliche Nachlässigkeit. Die Düngerkrise ist nur ein Beispiel, wie die Transition in Nepal als Vorwand benutzt wird, das Land wie eine Bananenrepublik zu führen. Auf die Frage der Bauern an die Regierungsvertreter, wer für den Schlamassel verantwortlich sei, gibt niemand eine Antwort.

Die gleiche Nachlässigkeit zeigt sich bei weiteren wichtigen Themen. Ganz knapp nur konnte vermieden werden, dass Nepal auf die schwarze Liste gesetzt wurde, weil es das Abkommen zur Bekämpfung der Geldwäscherei nicht fristgerecht unterzeichnet hatte. Die Energiekrise, die oberste Priorität geniessen sollte, ist heute fast kein Thema mehr, nachdem sich wegen des Monsuns die täglichen Stunden ohne Strom von 18 auf 6 reduziert haben. Unsere Obsession bezüglich Politik sowie die Vernachlässigung aller anderen Probleme im Land, drohen uns zu ersticken. Politischer Stillstand darf keine

Ausrede für schlechte Leistung auf anderen Gebieten sein, kein Vorwand, immer alles zu vertagen. Wir müssten versuchen, gleichzeitig politische und wirtschaftliche Ansätze zu finden sowie Bedingungen herzustellen, unter denen man sich gegenseitig stärkt. Starke demokratische Institutionen, die auch in einem politischen Vakuum funktionieren, intelligente und gezielte Investitionen im Gesundheitswesen, in der Bildung und in der Landwirtschaft sowie ein hohes Mass an Transparenz und Verlässlichkeit – das sind die Ziele, die wir uns setzen sollten. ■

(Aus dem Englischen)



Rubeena Mahato ist Korrespondentin und Kolumnistin der «Nepali Times», der grössten englischsprachigen Wochenzeitung Nepals mit Fachinformationen, Nachrichten und Kommentaren zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Rubeena Mahato schreibt über Entwicklung, Politik, Energie sowie IT-Themen. Sie glaubt an einen lösungsorientierten Journalismus und berichtet regelmässig über basisorientierte, gemeinschaftlich verankerte Entwicklungsansätze. Sie interessiert sich stark für Gouvernanz sowie öffentliche Politik. Auf der Suche nach Geschichten über Hoffnung und Wiederaufbau nach einem langen Jahrzehnt des Krieges, ist sie kreuz und quer durch ihr Land gereist.



Rubeena Mahato

«Mit Filmen habe ich mehr erreicht als mit Politik»

Dem westafrikanischen Kino gehen die Lichter aus. Die Hilfe aus dem Norden ist versiegt, die Produktion bricht ein und ein Saal nach dem anderen schliesst. Trotzdem bleibt der malische Regisseur Cheick Oumar Sissoko im Interview mit Jane-Lise Schneeberger optimistisch und ist überzeugt, dass die digitale Technologie das Filmschaffen und die Kinoleinwände retten kann.



Cheick Oumar Sissoko ist 1945 in San (Mali) geboren. Studiert hat er in Paris: Nach einem Diplom in Afrikanischer Geschichte und Soziologie belegte er Filmkurse an der École nationale supérieure Louis-Lumière. Zurück in Mali arbeitete er für das nationale Filmproduktionszentrum, bevor er unabhängiger Filmemacher wurde. Er hat rund 20 Dokumentar- sowie fünf Spielfilme gedreht: «Nyamanton, la leçon des ordures» (1986), «Finzan» (1989), «Guimba, un tyran, une époque» (1995), «La Genèse» (1999) und «Bàttu» (2000). Seine Filme wurden mit zahlreichen internationalen Preisen ausgezeichnet. Cheick Oumar Sissoko hat auch als Politiker Karriere gemacht. Von 2002 bis 2007 war er Malis Kulturminister. Ausserdem ist er Präsident der von ihm 1996 gegründeten Partei Solidarité africaine pour la démocratie et l'indépendance SADI.



1



2

«Eine Welt»: Sie waren fünf Jahre lang Malis Kulturminister und präsidieren eine Partei. Waren Sie parallel zu ihrer Laufbahn als Regisseur immer politisch tätig?

Cheick Oumar Sissoko: Ja, ich bin sogar via Politik zum Film gekommen. In den 70er-Jahren war ich in Paris in der afrikanischen Studentenbewegung aktiv. Wir kämpften gegen die Menschenrechtsverletzungen in unseren Ländern. In Mali unterband eine gnadenlose Diktatur die Redefreiheit. Für mich war jedoch wichtig, vor Ort für mein Gerechtigkeitsideal weiterkämpfen zu können.

Filmen war die einzige Möglichkeit mich auszudrücken, mit den Leuten zu kommunizieren und ihr Bewusstsein zu wecken, gerade in einem Land, das mehrheitlich von Analphabeten bevölkert ist. Bilder sind ein potentes Instrument, besonders in Kombination mit Dialogen in der Lokalsprache. Deshalb habe ich vier meiner fünf Spielfilme auf Bambara gedreht.

In welcher Funktion konnten Sie Ihre Ideen besser verbreiten, als Minister oder als Filmemacher?

Zweifellos als Filmemacher. Daraus ist ein richtiger Dialog

mit dem Publikum entstanden. Ich wurde immer wieder auf meine Filme angesprochen. Bei ihrem Kampf gegen Beschneidung und Zwangsheirat haben die Frauenorganisationen «Finzan» gezeigt, der diese Bräuche an den Pranger stellt. Mein erster Spielfilm «Nyamanton» thematisierte die Verpflichtung der Kinder, ihre eigene Schulbank mit zur Schule zu bringen. Er wurde gezeigt, um das Recht auf Bildung zu verfechten. Heute müssen die Eltern keine Bank mehr kaufen, auch wenn Gebühren und Schulmaterial immer noch eine hohe finan-

zielle Belastung für sie sind. Die afrikanischen Länder haben immer noch nicht begriffen, dass Bildung entscheidend ist. Sie müsste um jeden Preis unentgeltlich sein.

Wie erfolgreich sind Ihre Filme in Afrika?

Grundsätzlich werden vor Ort gedrehte Filme sehr geschätzt. Die Zuschauerinnen und Zuschauer stehen auf afrikanische Geschichten. Weil aber immer mehr Kinosäle schliessen, kommt uns das Publikum abhanden. Diese dramatische Entwicklung ist auf Struktur-anpassungsprogramme zurück-



3



4



5

- 1 «Bamako» (2006) von Abderrahmane Sissako, Mauretanien
- 2 «Ndeysaan – Le prix du pardon» (2002) von Mansour Sora Wade, Senegal
- 3 «Un homme qui crie» (2010) von Mahamat Saleh Haroun, Tschad
- 4 «Yeelen» (1987) von Souleymane Cissé, Mali
- 5 «Yaaba» (1989) von Idrissa Ouedraogo, Burkina Faso

zuführen, die uns der Internationale Währungsfonds und die Weltbank vorgeschrieben haben: Alles musste privatisiert werden. Die afrikanischen Behörden mussten sich von den Kinosälen trennen. Manche wurden von Kirchen gekauft, andere zu Märkten umgebaut. In Mali gibt es nur noch drei professionelle Kinosäle. In anderen Ländern sind gar alle verschwunden. Einige behelfsmässige Filmprojektionsmöglichkeiten in den Quartieren gab es immer, aber sie sind schlecht ausgerüstet und in miserablen Zustand.

In den 80er- und 90er-Jahren genoss das afrikanische Filmschaffen aus der Sub-Sahara internationales Ansehen. Seither hört und sieht man nicht mehr viel. Wie lässt sich das erklären? Damals entstanden in diesen Ländern ein bis drei Spielfilme pro Jahr. Die Produktion der

noch auf Zelluloid gedrehten Filme kostete zwar viel, aber wir konnten auf die europäischen Geber zählen. Inzwischen ist diese Hilfe wie Schnee an der Sonne geschmolzen. Es ist praktisch unmöglich geworden, im Norden Geld für eine Filmproduktion zu finden, ob bei Behörden oder Fernsehkanälen. Die afrikanischen Staaten selbst haben nie viel zur Filmförderung beigetragen. Weil uns die Mittel fehlen, produzieren wir kaum mehr Filme im klassischen Format. Zum Glück fiel die Krise mit der Digitalisierungswelle zusammen. Mit dieser leicht zu bedienenden Technologie lassen sich Filme recht günstig drehen, was uns von externen Finanzierungen unabhängiger macht. Alle afrikanischen Länder setzen inzwischen auf Digitaltechnik. Nigeria war eines der ersten Länder und hat eine blühende Filmindustrie entwickelt. Bei

einem Heimmarkt mit 150 Millionen Einwohnern kann sich dessen Produktion selbst finanzieren. Zwar war die Qualität der Filme nicht immer hoch, doch hat sie sich stark verbessert.

In Burkina Faso haben Profis ein System zur regelmässigen Produktion und Verbreitung von Digitalfilmen geschaffen. Diejenigen mit dem grössten Publikum werden automatisch unterstützt. Wie stehen Sie zu dieser von der DEZA unterstützten Initiative?

Ich bin begeistert von diesem Projekt, vor allem weil es Produktion und Verbreitung verbindet. Jeder produzierte Film wird im Kino gezeigt, das ist zurzeit alles andere als selbstverständlich. Die kassierten Eintritte werden abgerechnet. Übersteigen sie einen bestimmten Wert, erhält der Produzent

automatisch eine Subvention, die er in einen neuen Film investiert. Mit diesem System sollten sich zehn Spielfilme pro Jahr drehen lassen. Die Kinobetreiber können regelmässig auf Filme aus Burkina Faso zählen, die ihnen ein zahlreiches Publikum bescheren. Bestimmt werden aufgrund dieses Projekts Kinosäle wiedereröffnet. Es wird auch Arbeitsplätze schaffen und zur lokalen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Zunächst stellen externe Geber drei Viertel der Finanzierung sicher. Nach fünf Jahren sollte das System dank dem Kartenverkauf autonom laufen. Wenn dieses Modell in Burkina Faso funktioniert, werden sich andere Länder der Region ein Beispiel nehmen. ■

(Aus dem Französischen)

Service

Ausstellungen



The New York Times/Redux/ist

Wasser geht uns alle an

(bf) Keine Frage: Wasser ist das existenziellste aller Lebensmittel. Doch je länger je mehr wird Wasser knapp. Die ebenso lebendige wie spielerisch gestaltete Ausstellung «Wasser – Geschichten der Zukunft» zeigt in vier Themenbereiche gegliedert die weltweiten Zusammenhänge und die sich rasant verändernden Aussichten rund ums Wasser auf: Wasser und Ernährung, Wasser und Landwirtschaft, Wasser und Alltag, Wasser und Welt. Unter anderem zeigt eine Installation mit Fusspumpe und Wassersäule auf, was es heisst, sein Wasser selbst zu erarbeiten. Eine weitere Anlage mit Handpumpe und Kaskadenbrunnen thematisiert den Wasserverbrauch eines durchschnittlichen Schweizer Haushaltes. Oder es werden innovative Tropf-, Sprinkler- und Bewässerungssysteme vorgestellt.

«Wasser – Geschichten der Zukunft», bis 24. Februar im Tropenhaus Wolhusen

Nordafrikanische Realitäten

(bf) Die marokkanisch-französische Fotografin Yto Barrada setzt sich in ihren Arbeiten seit über einem Jahrzehnt intensiv mit den politischen Realitäten in Nordafrika auseinander. Ihr Werk kreist um das Leben in ihrer marokkanischen Heimatstadt Tanger, deren spezielle Situation an der Strasse von Gibraltar sinnbildlich für den historischen Umbruch in vielen Ländern Nordafrikas steht. Mit «Riffs»,

dem Titel ihrer aktuellen Ausstellung, verweist die 41-jährige Künstlerin auf den entsprechenden Begriff aus der Musik ebenso wie auf das Rif-Gebirge in ihrer Heimat, welches in der Vergangenheit mehrfach Hochburg für antikoloniale Aufstände gewesen ist. An der Ausstellung sind neben Fotografien auch Videos und Skulpturen zu sehen.

«Yto Barrada – Riffs», bis 17.2.2013 im Fotomuseum Winterthur

Die arabischen Revolten

(bluel) Das Polit-Forum des Bundes im Käfigturm Bern zeigt ab 26. Januar eine Ausstellung zu den Revolten im Nahen Osten und Nordafrika. Die Besucherinnen und Besucher erhalten einen Überblick über den Verlauf der



Ereignisse vor zwei Jahren und erfahren, wo die Länder heute stehen. Sie setzen sich mit der Rolle von Social Media (Facebook, Twitter, YouTube etc.) auseinander und können über diese Kommunikationsmittel mit Akteuren vor Ort in Kontakt treten. Weitere Schwerpunkte der Ausstellung bilden das Engagement der Schweiz vor Ort und die Folgen der Umwälzungen für die Schweiz. In einem attraktiven Rahmenprogramm äussern sich Expertinnen und Experten in Vorträgen und Diskussionsrunden zu Ursachen und Folgen der arabischen Revolten.

«Die arabischen Revolten» im Polit-Forum Käfigturm Bern ab 26. Januar; www.kaefigturm.ch

Nachdiplome

Weiterbildung Das NADEL (Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer) der ETH Zürich bietet im Frühjahrssemester 2013 folgende Weiterbildungskurse an: Planung und Monitoring von Projekten (18.-22.2.) Finanzmanagement und Wirtschaftlichkeit von Entwicklungsprojekten (25.2.-1.3., für Fortgeschrittene 27.2.-1.3.)

Capacity Development in der internationalen Zusammenarbeit: Vom persönlichen zum organisationalen Lernen (6.-8.3. und 5.4.)

Evaluation von Projekten (19.-22.3.)

Migration: Eine Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit (26.-28.3.)

Policy making in international cooperation: the role of civil society (9.-12.4.)

Aktuelle strategische Fragen der EZA (17.-19.4.)

Ländliche Entwicklung – Herausforderungen, Strategien und Ansätze (23.-26.4.)

Mikrofinanzierung und Mikroversicherung (22.-24.5.)

Auskunft und Anmeldung: www.nadel.ethz.ch

Diplom für Entwicklungspolitik und -praxis

(jls) Das Genfer Institut de hautes études internationales et du développement bietet einen Executive Master in Development Policies and Practices (DPP) an. Die von der DEZA unterstützte sechsmonatige, mehrsprachige Ausbildung (Französisch, Englisch, Spanisch) wird in Zusammenarbeit mit vier Partnerinstituten in Mali, Ghana, Peru und Vietnam durchgeführt. Gedacht ist sie für Profis an Schlüsselstellen öffentlicher oder privater Entwicklungsorganisationen. Das Programm soll deren Analyse- und Managementfähigkeiten konsolidieren und umfasst drei Module: fünf Kurswochen in Bamako, Accra, Lima oder Hanoi, vier Monate Fernkurs am Arbeitsplatz sowie drei Wochen Kompetenzentwicklung in Genf. Der nächste Ausbildungsgang findet von Juli 2013 bis Januar 2014 statt. Bewerbungen sind bis am 1. März 2013 möglich. www.graduateinstitute.ch/dpp; dpp@graduateinstitute.ch.

Leben in Zeitlupe

Filme/DVD Im April 2006 flohen 13 000 Dajos aus Darfur und fanden Unterschlupf auf der Ebene von Gouroukoun im Osten des Tschad. Alle sind sie Überlebende des Krieges in Darfur. Von der Welt abgeschnitten, haben sie mitten in der Sahelzone ein Lager aufgebaut, sich eingerichtet und eine Form des Überlebens gefunden. Im Dokumentarfilm «Au loin des villages» des Schweizer Olivier Zuchuat erzählen Flüchtlinge aus ihrem Leben, Kinder machen Zeichnungen vom Krieg, Mädchen singen Kriegslieder. Es ist ein Film vom Krieg ohne ein



einziges Kriegsbild geworden. Der Autor hat sich in dieses Gefängnis ohne Mauern gegeben und nach und nach das Vertrauen der Vertriebenen gewonnen. In ruhigen, geduldrigen Aufnahmen erzählt er von der endlos wirkenden Zeit des Wartens: ein Leben in Zeitlupe, ein Leben in der Schwebel, ein Leben in der Not. Ein anregendes Dokument, das sich auch gut für Diskussionen und im Unterricht eignet.

«*Au loin du village*» von Olivier Zuchuat ist bei Trigon Film auf DVD erschienen, Original in Dajō mit Untertiteln in Deutsch, Französisch, Englisch und Italienisch. Als Bonus findet sich ein Interview mit dem Sultan von Dar Sila. Informationen und Bestellungen unter www.trigon-film.org oder 056 430 12 30

Bio-Kakao aus Ghana

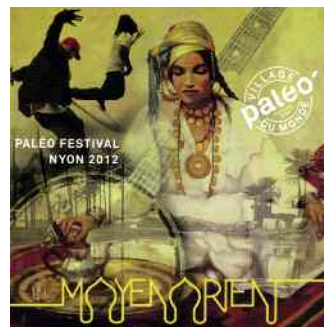
(dg) Der Ghana-Schweizer Yaya Glover hat eine Vision: Mit der Produktion von Bio-Kakao will er den Bauern zu mehr Unabhängigkeit und besseren Lebensbedingungen verhelfen. Der Film «Zartbitter» begleitet Yaya Glover beim Aufbau seines Projekts, für das er grosse persönliche Opfer in Kauf nimmt. Trotz Schwierigkeiten mit der Finanzierung und den ghanaischen Behörden hält er an seiner Vision fest und kann schliesslich zum ersten Mal seine Kakao-bohnen an einen Schweizer Schokoladenhersteller liefern. Der Film zeigt Chancen und Stolpersteine des Projekts. Anhand der klassischen Kolonialware Kakao lernt man verschiedene Mechanismen des Welthandels und Anforderungen

an einen Kleinunternehmer kennen. Die positive Geschichte zeigt anschaulich und facettenreich, wie es mit viel Idealismus und Beharrlichkeit gelingt, eine Vision für mehr Gerechtigkeit umzusetzen.

«Zartbitter», Dokumentarfilm von Angela Spörri, Schweiz 2012; Information und Beratung: Fachstelle «Filme für eine Welt», www.filmeineinewelt.ch

Verblüffende Auslese

(er) Im Village du Monde am Paléo Festival Nyon werden – dank des Kickoff-Supports der DEZA – seit 2003 «Klänge von anderswo» präsentiert. Die zehnte Auflage öffnet die Ohren für musikalische Trouvailles aus dem Nahen Osten. Ein sorgsam zusammengestellter Sampler von 15 Tracks bietet auch Zuhause-gebliebenen eindrückliche und verblüffende Hörmomente. Die Auslese umfasst einen Musikkosmos zwischen Tradition und Moderne, Ruralität und Urbanität. Zu hören sind harmonische Oud- wie elektronische Kick- und Snare-Klänge, libanesischer Indie-Rock, syrische Hochzeitsmusik, jüdischer Bucharian Groove oder palästinensischer Rap. In die Gehörgänge nisten sich sanfte aber auch bedrängende Stimmen und Tonspuren ein – hie und da hypnotisch melodiös, dann wieder mitreissend rhythmisch und manchmal brillant anarchisch. Dazu tragen altbekannte Stars der orientalischen Musikszene wie Natacha Atlas oder Azam



Ali und hierzulande noch zu entdeckende Gruppen bei, etwa Yemen Blues aus Israel und Baba Zula aus der Türkei.

Various: «Moyen-Orient - Paléo Festival Nyon - Village du Monde 2012» (Paléo Festival Nyon/Disques Office)

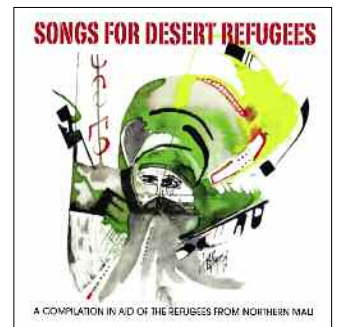
Mitsumm-Lust

(er) Mit dem unverwechselbaren, sublim warmen Timbre ihrer vollen und reifen Stimme zieht sie in ihrer Heimat Tausende von Fans in Bann. Die 48-jährige Zélia Duncan gehört zu den Stars der Música Popular Brasileira (kurz MPB), die sich ab den 60er-Jahren aus regionalen und internationalen Stilen in verschiedene Richtungen entwickelt hat und von allen Alters- und Bevölkerungsschichten heiss geliebt wird. Und spätestens wenn Zélia mit dem Titelsong eine charmant adaptierte Version von «As-tu déjà aimé» des französischen Sängers Alex Beaupain vorträgt, breitet sich auch hier eine heiter-poetische Leichtigkeit mit einer Prise Amor-Sehnsucht aus: Die Mitsumm-Lust setzt ein! Gefördert wird dies u. a. durch feine Saitenakkorde, stimmige Akkordeonklänge, leicht federnde Bassläufe und Perkussionsbeats einer subtil und hingebungsvoll aufspielenden Combo, sporadisch unterstützt durch namhafte brasilianische Musiker.

Zélia Duncan: «Pelo Sabor Do Gesto/Em Cena» (JBJ & Viceversa/Musicora)

Die Magie der Wüste

(er) Im Innern Westafrikas spielt sich eine menschliche Tragödie ab! Der seit über 50 Jahren schwelende Konflikt um Autonomie für die Tuareg-Nomaden in der Südsahara explodierte nach dem Militärputsch in Mali. Verschärft wird die Situation durch die im Kielwasser der



Tuareg-Rebellen agierenden radikalen Islamisten. Deshalb flüchteten laut Uno schon über 300 000 Menschen aus dem Norden Malis in die relativ sicheren Nachbarstaaten. Aufmerksam auf ihr von der Weltöffentlichkeit fast unbeachtetes Schicksal macht eine exzellente Benefiz-Compilation zugunsten von zwei hier tätigen französischen Flüchtlingshilfsorganisationen. Ein Dutzend bekannte Desert-Blues-Bands aus Mali, Niger und Algerien wirkten, wie das Label, unentgeltlich mit. Ihre zumeist erstmals veröffentlichten Songs (darunter einer des diesjährigen Weltmusik-Grammy-Gewinners Tinariwen) entfalten eine magische Sogwirkung.

Various: «Songs For Desert Refugees» (Glitterhouse Records/Indigo)

Für Frieden, Menschenrechte und Sicherheit

(m/s) Die Schweiz engagiert sich im Rahmen ihrer Aussenpolitik für Frieden, die Achtung der Menschenrechte und den Schutz von Vertriebenen und Flüchtlingen. Wie sie dabei vorgeht, wo sie Schwerpunkte setzt, welche Leistungen sie erbringt und mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert ist, darüber informiert die neue EDA-Publikumsbroschüre «Für Frieden, Menschenrechte und Sicherheit». Auch kommen darin Menschen zu Wort, die in Konflikten vermitteln, Wahlen beobachten und sich für Frieden

Bücher und Broschüren

und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. «Für Frieden, Menschenrechte und Sicherheit» ist in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich. Eine PDF-Version findet sich unter www.eda.admin.ch (Dokumentation, Publikationen); Bestellungen: publikationen@eda.admin.ch oder Tel. 031 322 31 53

Die Schweiz und der Kolonialismus

(gn) Die Schweiz war nie eine Kolonialmacht – zumindest nicht direkt. In welchem Ausmass der Kolonialismus aber bis heute Auswirkungen auf die schweizerische Gesellschaft, deren Denken und sogar auf die Entwicklungszusammenarbeit hat, zeigt das von den Historikerinnen Patricia Purtschert, Barbara Lüthi und Francesca Falk herausgegebene Buch «Postkoloniale Schweiz – Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien». Die Themenvielfalt ist immens, die Aktualität verblüffend: So zeigt Patricia Purtschert, dass die Globi-Bücher bis heute nicht frei sind von rassistisch geprägten Werten. Konrad J. Kuhn diskutiert in seinem Aufsatz die «Neokolonialen Kontinuitäten Schweizerischer Handelshäuser», die heute als multinationale Konzerne vom Gefälle zwischen

den alten Industriestaaten und den ehemaligen Kolonien profitieren, und Francesca Falk weist auf den Zusammenhang zwischen der Ausschaffungspraxis gegenüber nigerianischen Asylbewerbern und den wirtschaftlichen Interessen von Schweizer Unternehmen in Nigeria hin.

«Postkoloniale Schweiz – Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien», (Hrsg) Patricia Purtschert, Barbara Lüthi, Francesca Falk (Hrsg); Transcript Verlag Bielefeld, 2012

Schweizer Meilensteine

(bf) Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit wird heute in einem wesentlich kritischeren Licht gesehen, als dies noch in den 1950er- und 1960er-Jahren der Fall war. Der Sozialanthropologe Daniele



Waldburger, der Historiker Lukas Zürcher und der ehemalige Direktor des Bundesamts für Flüchtlinge Urs Scheidegger zeichnen in ihrem Buch «Im Dienst der Menschheit» die wichtigsten Stationen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit von 1945 bis in die jüngste Vergangenheit auf. Ihr Werk umreist zentrale Entwicklungen und bettet sie in den internationalen Kontext ein. Der Schwerpunkt liegt auf den drei prioritären Bereichen der internationalen Zusammenarbeit des Bundes: der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe und der Ostzusammenarbeit. Reich illustriert und mit zahlreichen Grafiken versehen, bietet das Buch auch für Nichtfachleute einen anschaulichen Einstieg in ein aktuelles und seit seinen Anfängen umstrittenes Thema schweizerischer und internationaler Politik.

«Im Dienst der Menschheit» von Daniele Waldburger, Lukas Zürcher, Urs Scheidegger; Haupt Verlag Bern 2012

Fernsucht



Vergängliche Schönheit

Der Waadtländer Comic-Autor Cosey reist viel und meist in Asien, um die Länder kennenzulernen, in denen seine Lieblingsfigur Jonathan ihre Abenteuer erlebt.

Reise ich durch den Süden Indiens, faszinieren mich immer wieder die «Rangoli», Zeichnungen am Boden vor der Türe oder in Höfen. Diese altüberlieferte Kunst ist in ländlichen Gegenden noch sehr lebendig und wird praktisch ausschliesslich von Frauen ausgeübt. Mit Reismehl und Farbpulver werden zunächst Punkte als Basis der Zeichnung markiert. Dann werden die Punkte durch Linien verbunden und die darin eingeschlossenen Felder farbig ausgefüllt. So entstehen geometrische Fresken in unzähligen Varianten; in meinen Augen sind dabei die einfachsten auch die schönsten. Die «Rangoli» sollen als vergängliche Werke Haus und Bewohner schützen. Zerstreute Fussgänger, Hunde und Fahrzeuge entstellen sie rasch. Jeden Morgen wischen die Frauen die Zeichnung vom Vortag weg und machen eine neue. Sie erledigen dieses Ritual mit Hingebung, aber ohne sich dabei allzu wichtig zu nehmen, etwa so, wie wenn man seine Blumen giesst.

(Aufgezeichnet von Jane-Lise Schneeberger)

(Aus dem Französischen)

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Martin Dahinden (verantwortlich)
Catherine Vuffray (Gesamtkoordination)
Marie-Noëlle Bossel, Marc-André Bünzli,
Beat Felber, Sabina Mächler, André Marty,
Pierre Maurer

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)

Gabriela Neuhaus (gn) Jane-Lise Schneeberger (jls) Mirella Wepf (mw) Ernst Rieben (er) Luca Beti (italienische Version)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern

E-Mail: info@deza.admin.ch
Tel. 031 322 44 12
Fax 031 324 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 54 200

Umschlag: Gesundheitszentrum in der Provinz Cabo Delgado, Mosambik; Fernando Molerés/laif

ISSN 1661-1667

«Lassen sich mit Patenten nicht mehr stattliche Gewinne erzielen, dürfte im Gesundheitsbereich eine ähnliche Revolution wie im Schallplattenbereich bevorstehen.»

Ilona Kickbusch, Seite 16

«Nachdem wir unser Ackerland verloren hatten, setzen wir unsere Hoffnungen aufs Erdöl.Vergeblich.»

Auguste Djinodji, Seite 19

«Dank dem Projekt werden Frauen von Männern besser respektiert und können ihre Meinung zu wichtigen familiären oder gemeinschaftlichen Entscheidungen äussern.»

Achta Bougaye, Seite 22
